Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 138. **Donnerstag, den 17. November 1932.** **35. Jahrg.**

Papen am Ende?

Die großen Parteien lehnen ihn ab — Absage der Reise nach Süddeutschland

Die Parteiführer bei Papen.

Reichskanzler von Papen ist am Dienstag wieder in Berlin eingetroffen, nachdem er auf der Rückreise von Dresden politische Freunde in der Nähe von Halle aufgesucht hat. Für den Mittwoch waren wieder verschiedene politische Empfänge vorgesehen, so die der Zentrumsvertreter Kaas und Joos, des Volksparteilers Dingeldey und des bayerischen Volksparteilers Schäffer. Am Donnerstag sollen dann die Vertreter der Sozialdemokratie und der Nationalsozialisten folgen.

In der Nationalsozialistischen Korrespondenz beschäftigt sich Gregor Strasser mit der politischen Lage. Er schreibt hierzu u. a.: „Das Gebot der Stunde sei, die nationalsozialistische Bewegung in den Staat einzubauen und ihr die Führung des Volkes zu übergeben, damit sie sich bewähre oder beim Versagen zugrunde gehe. Welch' eine unerhörte Symbolik und Kraft läge darin, wenn der Reichspräsident die Brücke schlüge zum nationalsozialistischen Deutschland der Zukunft. Das Gebot der Stunde heiße: Mit außerordentlich starken aufbauwilligen Kräften des Nationalsozialismus in die Staatsführung einzugreifen."

In politischen Kreisen wird übrigens damit gerechnet, daß nach Beendigung der Besprechung mit dem Reichskanzler Reichspräsident von Hindenburg selbst in die Verhandlungen eingreifen werde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Reichspräsident selbst, nachdem ihm der Kanzler Vortrag über seine Besprechungen gehalten hat, auch seinerseits die Parteiführer empfangen wird.

Aus München kommt die Nachricht, daß dort die Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Vertretern der Bayerischen Volkspartei zur Bildung einer Regierungskoalition in Bayern weit fortgeschritten sein sollen. Es wird darauf hingewiesen, daß nach Bildung einer solchen Regierungskoalition beide Parteien im Bayerischen Landtag über eine Zweidrittelmehrheit verfügen. Auf diese Weise ließe sich auch der alte Wunsch der Bayerischen Volkspartei zur Schaffung eines bayerischen Staatspräsidenten auf ganz verfassungsmäßige Weise verwirklichen, falls die Nationalsozialisten hierbei mitmachen würden.

Der Standpunkt des Zentrums.

Die Besprechungen des Kanzlers mit Dr. Kaas und Joos.

Über den Parteiführerempfang beim Reichskanzler wird noch folgendes bekannt: Zuerst wurden als Führer des Zentrums die Abgeordneten Prälat Dr. Kaas und Joos vom Kanzler empfangen. Die Unterredung, die ungefähr 40 Minuten währte, fand in Gegenwart des Staatssekretärs Planck statt.

Die Besprechungen selbst waren vertraulicher Natur, doch geht man wohl in der Annahme nicht fehl, daß die beiden Zentrumsführer nochmals in aller Deutlichkeit und Schärfe zum Ausdruck gebracht haben, daß das Zentrum die Art der jetzigen Führung ablehnen müsse. Dagegen wurde von seiten des Zentrums nochmals der Gedanke der Not und Arbeitsgemeinschaft stark unterstrichen und ferner in den Vordergrund gestellt, daß das Zentrum an der Herstellung einer solchen Notgemeinschaft zur Zusammenfassung aller arbeitswilligen Kräfte positiv sich betätigt.

Nur auf diesem Wege hält man in führenden Zentrumskreisen eine organische Weiterentwicklung unseres politischen Lebens für möglich und die für den Aufstieg der deutschen Wirtschaft notwendige innere Beruhigung für gegeben.

Der Kanzler fährt nicht nach Süddeutschland.

Das Ergebnis der Besprechungen mit den Parteiführern. — Absage des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei.

Amtlich wird mitgeteilt: „Der Reichskanzler hat sich veranlaßt gesehen, die von ihm geplanten Besuche in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt abzusagen, da er nach dem Ergebnis der Parteiführerbesprechungen am Mittwoch es für richtiger hält, eine Klärung der politischen Lage abzuwarten."

Zu dieser amtlichen Meldung verlautet von unterrichteter Seite weiter, daß die Besprechungen des Kanzlers mit den Parteiführern des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei ergeben haben, daß Zentrum und Bayerische Volkspartei unter den obwaltenden Umständen keine Möglichkeit für ihre Beteiligung an der Bildung einer nationalen Konzentration sehen, während der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, dem Reichskanzler seine Mitarbeit zugesagt hat. Bei den Besprechungen mit den Herren Kaas, Joos, Schäffer und Dingeldey hat der Reichskanzler im übrigen — erneut — betont, daß Personenfragen kein Hindernis bedeuten würden.

An die Nationalsozialisten ist bekanntlich seinerzeit ebenso wie an die anderen Parteien eine Einladung zu einer Besprechung mit dem Reichskanzler ergangen, doch liegt bisher noch keine Antwort vor.

Sitzung des Reichskabinetts.

Der Reichskanzler hat die Mitglieder des Reichskabinetts für Donnerstag vormittag zu einer Sitzung zusammenberufen, in der die nach den Besprechungen mit den Parteiführern entstandene Lage besprochen wird. Es ist anzunehmen, daß in dieser Sitzung Beschlüsse gefaßt werden, die für die weitere innenpolitische Entwicklung von Bedeutung sind. Ob der Reichskanzler bereits am Donnerstagnachmittag dem Reichspräsidenten über die Verhandlungen mit den Parteiführern Bericht erstatten wird, steht noch nicht fest.

Die Haltung der NSDAP.

Der Reichspressechef der NSDAP., Dr. Otto Dietrich, veröffentlicht in der in München erscheinenden Nationalsozialistischen Korrespondenz einen Artikel mit der Überschrift: „Präsidialregierung und Verantwortlichkeit". Darin heißt es nach einem Hinweis auf die Pläne des Kanzlers u. a., wenn der Reichspräsident sich nicht von dem verhängnisvollen Rezept Papens distanziere, dann werde ihn die Dynamik des Geschehens in eine historische Verantwortung hineinziehen, die jeder gute Deutsche dem Generalfeldmarschall ersparen möchte. Es sei nicht Sache der Nationalsozialisten, einer solch tief bedauerlichen Entwicklung heute Einhalt zu tun. Schon die nächsten Tage würden die politische Kampfkraft der nationalsozialistischen Bewegung erneut unter Beweis stellen. Man werde sehen, was die anderen den nationalsozialistischen Angriffen noch entgegenzusetzen haben. Vielleicht hätten sie inzwischen gelernt, daß zu faulen Kompromissen auf Kosten der Nationalsozialisten heute noch weniger die Zeit sei als am 13. August. Das deutsche Volk aber werde erkennen, daß ihm nicht das falschverstandene Idol einer Präsidialregierung helfen könne, sondern daß allein die nationalsozialistische Bewegung das Schicksal Deutschlands in den Händen halte.

Die SPD. lehnt Verhandlungen mit Papen ab.

Neue schwere Ausfälle gegen die Reichsregierung.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat einstimmig beschlossen, daß die Abgeordneten Wels und Breitscheid der Einladung des Reichskanzlers von Papen zu einer politischen Aussprache keine Folge leisten dürfen. In einer Entschließung hat ferner der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der Reichsregierung schärfsten Kampf angesagt und Behauptungen aufgestellt, die von zuständiger Berliner Stelle bereits energisch zurückgewiesen wurden.

In der Entschließung wird u. a. gesagt: Der Reichskanzler, der eine vernichtende Absage bei den Wahlen erhalten habe, sei verfassungsgemäß nicht berechtigt, weiter Verhandlungen zu führen, sondern müsse zurücktreten. Weiter habe der Kanzler sich beim Vorgehen gegen Preußen sowohl über die Verfassung wie auch über den Spruch des Staatsgerichtshofes hinweggesetzt und in seinen Reden die seiner Politik feindlich gegenüberstehenden Parteien verunglimpft und „als Feinde des Volkes" bezeichnet. Die Sozialdemokratische Partei erblicke in dem Reichskanzler den „Sachwalter einer winzigen Mehrheit". Von der geplanten Parteiführerbesprechung könne man kein Ergebnis erwarten. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wende sich aufs schärfste gegen die „öffentlich erörterten verbrecherischen Pläne", die darauf abzielen, die durch Beschluß der Nationalversammlung rechtmäßig zustande gekommene Verfassung auf verfassungswidrigem Wege abzuändern.

*

Von seiten der Reichsregierung wird dazu betont, daß der Reichskanzler geradezu verpflichtet sei, die gegenwärtigen Verhandlungen mit den Parteiführern zu führen. Er könne erst dann zurücktreten, wenn er vom Reichstag ein Mißtrauensvotum erhalten habe. Im übrigen handele der Reichskanzler im Auftrage des Reichspräsidenten, so daß die Ablehnung von Verhandlungen durch die Sozialdemokratie auch Entscheidungen des Reichspräsidenten betreffe. Die von der SPD. aufgestellten Behauptungen über eine angebliche Erklärung des Reichskanzlers, in der er Parteien Feinde des Volkes genannt habe, sei schon mehrfach richtiggestellt. Die Behauptungen über angeblichen Verfassungsbruch seien mehrfach dementiert, insbesondere auch die Behauptung, daß die Regierung verfassungswidrige Pläne verfolge. Es sei bezeichnend, daß sich die sozialdemokratische Fraktion in ihrer Entschließung auf leere Gerüchte stütze.

Nationalsozialisten wieder im Bayerischen Landtag.

Konflikt mit dem Landtagspräsidenten beigelegt.

In Bayern werden jetzt die Nationalsozialisten zu den Landtagssitzungen wieder zugelassen, nachdem am 17. Juni ihr Ausschluß für zwanzig Vollsitzungen ausgesprochen worden war. In einer Ältestentratssitzung des Bayerischen Landtages betonte Präsident Dr. Stang, daß die politische und wirtschaftliche Lage dringend eine Zusammenfassung aller Kräfte zu fruchtbringender Arbeit verlange.

Sein Vorgehen am 17. Juni sei korrekt und durch die Geschäftsordnung zwangsläufig bestimmt gewesen, es sei aber jetzt angezeigt, einen Strich unter die Sache zu machen, wenn die Nationalsozialisten die noch schwebende Klage beim Staatsgerichtshof zurückziehen. Der Geschäftsordnungsausschuß solle die Frage des Uniformtragens im Sitzungssaal grundsätzlich klären. In der Aussprache erklärten sich die Nationalsozialisten bereit, ihre Klage beim Staatsgerichtshof zurückzuziehen, wenn sie ihre Mandate wieder ausüben könnten. Sie verlangten die grundsätzliche Klärung der Frage, ob künftig Parteiuniformen im Sitzungssaal zugelassen seien.

Im Hintergrund Versailles.

Ein bißchen länger als erwartet hat die Fertigstellung des französischen „Plan constructif", also des Abrüstungs- und Sicherheitsplanes, gedauert; inzwischen ist aber seit den ersten Andeutungen über seinen Inhalt und sein Ziel daran kaum eine Änderung eingetreten. Blieben doch die „taktischen", besser gesagt, die politischen Angelpunkte dieselben; auf der einen Seite der Hoover-Plan, dessen ziemlich weitgehende Vorschläge heute in stärkster Verbindung mit dem Kriegsschuldenproblem stehen, auf der anderen Seite die recht bemerkenswerte Tatsache, daß England mit einem eigenen Gegenplan immer noch nicht fertig geworden ist und der Außenminister „Zwar-aber"-Reden hält. Anders geworden ist schließlich auch nicht Deutschlands Haltung in der ganzen Abrüstungs- und Gleichberechtigungsfrage, allerdings auch nicht der scharfe Widerspruch der anderen gegen die Schaffung einer größeren militärischen Sicherheit für Deutschland. Nach wie vor liegt also in Herriots überbetriebsamen Händen die ganze Initiative in der Abrüstungsfrage, wobei leider noch hinzuzufügen ist, daß die anderen über die bestenfalls theoretische Anerkennung unserer Gleichberechtigung praktisch nicht hinausgekommen sind; von der „Vermächtkonferenz" redet heute kein Mensch mehr, und der amerikanische Sondergesandte Norman Davis ist zwar in London und Paris zu langen Verhandlungen gewesen, hat aber den Weg nach Berlin nicht gefunden.

Daher ist Herriots neuer Plan vom deutschen Standpunkt aus vorerst zu prüfen, ob er theoretisch, zum mindesten willensgemäß die Gleichberechtigung für Deutschland

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719321117-10/fragment/page=0001

herbeizuführen vermag. Theoretisch sicherlich nicht, denn Herriot hält es für zweckmäßig, noch einmal den absolut ablehnenden Standpunkt zu vertreten, auf den er seit dem Juli gegenüber den deutschen Rechtsansprüchen gestanden hat; auch jetzt wieder deutet er darauf hin, daß Deutschlands Forderungen eine Aufrüstung herbeiführen wollten. Und wieder bezeichnet er sie als „ein Problem, das vor der Abrüstungskonferenz zur Verhandlung stehe". Das mag sein; aber Deutschland wird seinerseits auf dem ebenso lange gegen alle Welt verteidigten Standpunkt verharren, vor einer ausdrücklichen Anerkennung unseres Rechts auf Gleichberechtigung nicht wieder an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen.

Französischerseits wird ja nun erklärt, man werde sich diesem deutschen Anspruch nähern durch allmähliche Ausgleichung des Rüstungsstandes der einzelnen Staaten. Gerade aber in dieser „praktischen" Hinsicht öffnen sich damit sofort zahllose Fragen militärischer Art und bleiben offen, bis jene „Egalisierung" erreicht worden ist, — und das kann sehr, sehr lange dauern, da der französische Plan eine wirklich weitgehende Abrüstung gar nicht in Vorschlag bringt, nicht einmal die der ausgesprochenen Angriffswaffen. Was wird aus der Marine, was aus den Kolonialstreitkräften? Das zu fragen ist um so notwendiger, als aus der Verbindung des militärischen Rüstungs- mit dem Sicherungsproblem sich auch eine Unzahl von weiteren Fragen ergebt.

Die im französischen Plan vorgesehene „Völkerbundsarmee" erinnert ein bißchen an die weiland hochberühmte „Reichsarmee" des früheren Deutschland, mit der nicht bloß ein Friedrich der Große, sondern hundert Jahre später sogar das kleine Dänemark leicht fertig wurden. Ob diese sicherlich nicht „eilende", sondern ebenso „elende" Völkerbundarmee rechtzeitig vor einem Überfall mit modernem Kriegsmaterial schützen oder uns verteidigen kann, wenn z. B. der Völkerbund eine Exekution gegen Sowjetrußland beschließt und wir dabei mitmachen, zum mindesten Unterstützung gewähren, auf alle Fälle aber auf die Seite des Völkerbundes gegen Rußland treten müßten!

Darauf ist hier besonders hingewiesen worden, und zwar deswegen, weil es sich dabei um den vor Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ausgearbeiteten Artikel 16 der Völkerbundakte handelt. Damals war französischer Ministerpräsident kein anderer als — Herr Herriot! Angenommen aber hat Deutschland diesen „Generalpakt" bisher nicht, gerade aus den oben angedeuteten Bedenken heraus. Jetzt soll dieselbe Geschichte hintenherum über die allgemeine Schiedsgerichtsverpflichtung hereingebugsiert werden, wobei „vorkommenden Falles" der Völkerbundrat nicht wie bisher vorgesehen mit Stimmengleichheit, sondern nur mit Stimmenmehrheit seine Entscheidung fällt, jedes Mitglied des Paktes aber Hilfe für die Exekution zu leisten hat. Und der frühere Vorschlag Tardieus auf „Internationalisierung der Luftfahrt" wird von Herriot jetzt auch wieder verlangt, obwohl er genau weiß, daß Deutschland sich darauf weder einlassen kann noch einlassen wird.

Zum Schluß wird aber noch eine genaue Kontrolle internationaler Art darüber gefordert, daß bei der etappenweisen Durchführung, der „Übergangszeit" des Herriot-Planes, nicht etwa irgendwo eine Erhöhung der Streitkräfte oder Heeresausgaben erfolge. Hier kommt wieder zum Vorschein, daß die etwaige „Anerkennung" unseres Anspruches auf Gleichberechtigung und Sicherheit lediglich und bestenfalls mit dem Zeitpunkt zusammenfallen würde, an dem der Plan bis zum letzten I-Tüpfelchen durchgeführt ist. Aber selbst dann müßte er von vornherein um vieles radikaler angelegt sein! Selbst dann aber ist dem eigentlichen, nämlich dem rechtlich-politischen, dem — sittlichen Sinn unseres Anspruchs auf Gleichberechtigung mit den anderen nicht Genüge geschehen bleibt vielmehr der unmoralische, uns verdammende Ungeist von Versailles im Hintergrund erhalten.

Preußischer Landtagsausschuß ohne Regierungsvertreter.

Der Untersuchungsausschuß des Hauptausschusses des Preußischen Landtages wollte Anträge über Sparmaßnahmen und zur Verwaltungsreform beraten, mußte aber feststellen, daß Regierungsvertreter nicht erschienen waren. Der Vorsitzende, Abgeordneter Hinkler (Nat.-Soz.) teilte mit, Dr. Bracht habe betont, daß die kommissarische Regierung dem Landtag nicht verantwortlich sei, und die frühere Regierung keine Befugnisse habe. Es gäbe verantwortliche Minister zur Zeit in Preußen nicht. Er, Dr. Bracht, habe wunschgemäß vor dem Rechtsausschuß des Landtages erscheinen wollen, doch sei ihm diese Möglichkeit durch das Urteil des Staatsgerichtshofes genommen worden.

Nach einer längeren Aussprache wurde bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen eine Entschließung angenommen, daß der Untersuchungsausschuß auf seinem verfassungsmäßigen Recht besteht, die Anwesenheit der Minister zu verlangen.

Wo bleibt die Gleichberechtigung?

Der Eindruck des französischen „Abrüstungs"-Planes in Berlin.

Der nunmehr im Wortlaut vorliegende französische „Abrüstungs"-Plan wird in Berliner politischen Kreisen sehr zurückhaltend beurteilt; man weist jedenfalls darauf hin, daß der Plan in verschiedenen Punkten erheblich anders aussehe als die Ausführungen, die der französische Ministerpräsident Herriot unlängst gemacht hatte und die vom Reichskanzler von Papen in seinen Ausführungen vor der Auslandspresse in gewissem Sinne als ein Fortschritt bezeichnet worden waren.

Der Wortlaut des französischen Gesamtplanes hat also sehr viel Wasser in den Wein gegossen. Die Feststellung der englischen öffentlichen Meinung, wonach im französischen Plan die sogenannte Sicherheit die Abrüstung völlig überschatte und daß damit die Kernfrage der deutschen Gleichberechtigung durch zahlreiche andere Probleme der Abrüstungskonferenz in den Hintergrund gedrängt werde, entspricht auch der deutschen Auffassung. Die französischen Sicherheitsforderungen sind im Grunde nichts anderes als eine Umbildung und Ausarbeitung des alten Genfer Protokolls vom Jahre 1924. Gerade was diese französischen Sicherheitswünsche angeht, besonders den Gedanken einer Völkerbundarmee und die Verpflichtung der Staaten zur Kriegführung gegen den sogenannten Angreifer, so werden nunmehr England und Italien das Wort haben. Es ist kaum anzunehmen, daß sich diese Länder auf derartige Pläne werden festlegen lassen.

„Frankreich in Waffen."

Ein lahmer Rechtfertigungsversuch des Pariser Außenministeriums.

Die letzte Nummer der Kölnischen Illustrierten, eine Sondernummer mit dem Thema „Frankreich in Waffen", in der außerordentlich übersichtlich und sorgfältig eine zusammenfassende Darstellung des gegenwärtigen Rüstungsstandes Frankreichs gegeben wurde, hat in internationalen Kreisen starkes Aufsehen erregt, besonders in Genf, wo die großen Abrüstungsverhandlungen begonnen haben. In Paris ist man aufs peinlichste überrascht worden. Um das schlechte Gewissen zu verbergen, hat das französische Auswärtige Amt (Die Sonderausgabe der Kölnischen Illustrierten wurde bezeichnenderweise für das Gebiet von Elsaß-Lothringen sofort verboten) einen verunglückten Rechtfertigungsversuch unternommen. Der Quai d'Orsay hat sich bemüßigt gefühlt, eine sieben Schreibmaschinenseiten umfassende amtliche Verlautbarung auszugeben, in der der Versuch unternommen wird, die Veröffentlichungen der Kölnischen Illustrierten zu widerlegen. Dieser Versuch muß als völlig mißglückt bezeichnet werden. So gibt beispielsweise die französische Regierung zu, daß die in dem Artikel angeführten Zahlen über die französischen Truppeneinheiten in Friedenszeiten den Tatsachen entsprechen. Man habe jedoch daraus „vollkommen phantastische Schlußfolgerungen" bezüglich der militärischen Möglichkeiten im Kriegsfalle gezogen. Die Zahlen für die im Dienst stehende Armee seien Phantasiegebilde.

Da es dem Quai d'Orsay offenbar unmöglich ist, diese angeblichen Phantasiegebilde zu widerlegen, muß er sich bezeichnenderweise mit der Ausflucht begnügen, es sei leider nicht möglich, die Unterstellung zurückzuweisen, da dazu Angaben gemacht werden müßten, die in allen Ländern geheimgehalten würden.

Umrüstung, nicht Abrüstung.

Heftige internationale Kritik am französischen Plan.

Der große Abrüstungs- und Sicherheitsplan Herriots hat in internationalen Kreisen zunächst eine stark geteilte Aufnahme gefunden. Übereinstimmend wird jedoch bereits nach der ersten Prüfung festgestellt, daß dieser Plan keineswegs den Charakter eines Abrüstungs-, sondern vielmehr eines Umrüstungsvorschlages trage. Man erwartet daher, daß der Plan bei den neutralen Mächten, insbesondere bei den skandinavischen Staaten, auf allerschärfsten Widerstand stoßen wird. Bereits jetzt wird in internationalen Kreisen von den verschiedensten Seiten heftige Kritik an dem außerordentlich verwickelten und unzulänglichen Charakter dieses Planes laut. Vom deutschen Standpunkt muß dieser Plan zuerst in aller Ruhe und Objektivität eingehend geprüft werden. Jedoch zeigt sich jetzt schon, daß der Plan in großen Linien auf eine neue Festlegung Deutschlands auf den Versailler Status und auf den gegenwärtigen militärischen Stand Deutschlands hinausläuft, während die in dem Plan vorgesehenen Ausnahmen Frankreich und der französischen Bundesgenossenschaft eine weitere Aufrechterhaltung ihrer Militärmacht erlauben würden. Man nimmt nunmehr an, daß dieser Plan Herriots in den nächsten Wochen im Mittelpunkt großer internationaler Debatten und Kämpfe stehen wird, beurteilt jedoch die Aussichten auf Annahme dieses Planes in den nächsten Wochen wenig günstig.

20 Millionen Reichsbaudarlehen für Eigenheime.

Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung ist bekanntlich auch die Förderung des Eigenheimbaus vorgesehen. Die näheren Bestimmungen über die Förderung des Eigenheimbaues sind nunmehr ergangen. Danach wird die Reichsregierung in den Haushalt der Rechnungsjahre 1933 und 1934 20 Millionen Mark einsetzen, aus denen

kleine Hypotheken für Eigenheime

gegeben werden sollen. Berücksichtigt werden nur Bewerber, die Eigenkapital in Höhe von mindestens 30 Prozent des Bau- und Bodenwertes nachweisen können.

Für die Förderung kommen bescheidene Eigenheime in Betracht, die auch eine zweite Wohnung enthalten dürfen. Die Baukosten der Häuser ohne Wert des Grundstücks sollen in der Regel zwischen 4000 und 6000 Mark liegen.

Im Interesse der Arbeitsbeschaffung ist aber auch die Berücksichtigung von Häusern im Bauwerte bis zu höchstens 10 000 Mark und, falls eine zweite Wohnung eingebaut ist, bis zu 12 000 Mark nicht ausgeschlossen. Die Reichsbaudarlehen dürfen

im allgemeinen 1500 Mark nicht übersteigen;

in besonderen Fällen können sie bis zu 2000 Mark betragen; wenn eine zweite Wohnung eingebaut ist, können sie bis zu 3000 Mark erhöht werden. In keinem Falle jedoch darf das Reichsbaudarlehen 25 Prozent des Bau- und Bodenwertes überschreiten. Nur Kinderreiche genießen eine besondere Vergünstigung, indem ihnen ein Zusatzdarlehen bis zum Betrage von 500 Mark außerhalb dieser Grenze gewährt werden darf. Wird das Reichsbaudarlehen innerhalb der Rangstelle eingetragen, in der im allgemeinen die ersten Hypotheken stehen, so sind

4 Prozent Zinsen

zu zahlen. Steht das Darlehen ganz oder teilweise außerhalb dieser Rangstelle, so beläuft sich der Zinsfuß auf 5 Prozent. Daneben ist in beiden Fällen eine Tilgung von ein Prozent und eine laufende Verwaltungsgebühr von ½ Prozent jährlich zu entrichten. Für die übrige Finanzierung, insbesondere für die erste Hypothek, muß der Bauherr selbst sorgen; das gleiche gilt für die Zwischenfinanzierung.

Die Durchführung der ganzen Aktion ist den Ländern übertragen. Anträge der Bauwilligen sind also an die obersten Landesbehörden oder die von diesen bestimmten Stellen, nicht dagegen an die Reichsregierung zu richten.

Die Auszahlung

findet in jedem Falle erst nach Fertigstellung des Baues statt. — Bei der zu erwartenden Nachfrage nach den Reichsbaudarlehen empfiehlt es sich, die Gesuche bald einzureichen. Bauvorhaben, die erst nach dem 1. April 1933 in Angriff genommen werden sollen, können einstweilen nicht berücksichtigt werden.

Kurze politische Nachrichten.

Zu den neuerlichen Gerüchten, die Reichsregierung beabsichtige, den Reichstag schon vor seinem Zusammentritt aufzulösen, wird von zuständiger Stelle nochmals mit Nachdruck betont, daß weder die Reichsregierung noch der Reichspräsident jemals die Auflösung des Reichstages vor seinem Zusammentritt beabsichtigt hätten.

*

In einem Rundschreiben des Reichsverkehrsministers an die Regierungen der Länder ist zur Unterrichtung der Rheinschiffahrttreibenden ausdrücklich darauf hingewiesen, daß angesichts der Finanzlage des Reiches auf eine Unterstützung der Rheinschiffahrt oder auch nur der Partikulare durch Geldmittel des Reiches nicht gerechnet werden kann. Die Linderung der Notlage auf dem Rhein muß auf dem Wege der Selbsthilfe gesucht werden.

Zum frisch gemahlenen Kaffee nehmen Sie 2/3 Kornfranck. Dann bekommen Sie das Getränk, das ausgezeichnet schmeckt und sehr preiswert ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719321117-10/fragment/page=0002

Der Preußische Staatsrat und das Leipziger Urteil.

Der Verfassungsausschuß des Preußischen Staatsrats beschäftigte sich mit der durch das Urteil des Staatsgerichtshofes geschaffenen Lage. Von der Fraktion der Arbeitsgemeinschaft wurde ein Antrag vorgelegt, in dem festgestellt wird, daß der Staatsrat keinen Anspruch darauf habe, von der kommissarischen Regierung die Vorlegung von Gesetzentwürfen zur Herbeiführung einer gutachtlichen Stellung des Staatsrats zu fordern. Auch habe der Staatsrat kein Anrecht darauf, sein Informationsrecht hinsichtlich der laufenden Staatsgeschäfte gegenüber der kommissarischen Regierung geltend zu machen. Der Staatsrat habe sich nach dem Leipziger Urteil vielmehr an die Regierung Braun zu halten. Der kommissarischen und der Regierung Braun müsse es überlassen werden, sich darüber auseinanderzusetzen, um einen Weg zu finden, der dem Staatsrat die Ausübung seiner ihm nach der Verfassung zustehenden Rechte ermögliche. Von den übrigen Fraktionen lagen Anträge nicht vor. Eine abschließende Stellungnahme wurde auf später vertagt.

Gesteigerter Auslandsabsatz deutscher Waren.

Lebensmitteleinfuhr gestiegen.

Im deutschen Außenhandel haben im Oktober sowohl die Einfuhr (398 Millionen Mark) als auch die Ausfuhr (482 Millionen Mark) um den gleichen Betrag von 38 Millionen Mark zugenommen. Der Ausfuhrüberschuß beträgt demnach ebenso wie im September 84 Millionen Mark. Für die ersten zehn Monate des Jahres 1932 stellt sich der Ausfuhrüberschuß auf 930 Millionen Mark.

Die Einfuhr hat sich wertmäßig um 10,5 Prozent erhöht. An dieser Steigerung sind sämtliche Warengruppen beteiligt, doch haben im Oktober die Lebensmittel mit 21 Millionen Mark oder 20 Prozent einen stärkeren Anteil an der Mehreinfuhr als die Rohstoffe, deren Einfuhr um 13 Millionen Mark oder 6,5 Prozent gestiegen ist. Mengenmäßig ist die Lebensmitteleinfuhr um 18 Prozent, die Rohstoffeinfuhr um 7 Prozent gestiegen.

Die Ausfuhr ist wertmäßig um 8,5 Prozent, mengenmäßig um 7 Prozent gestiegen. Diese Steigerung geht über die saisonmäßig erwartete Steigerung hinaus. An der Mehrausfuhr sind mit 31 Millionen Mark ausschlaggebend die Fertigwaren beteiligt. Die Zunahme der Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren hat bei sinkendem Durchschnittswert stattgefunden. Der Auslandsabsatz deutscher Waren konnte im Oktober bemerkenswerterweise nach fast allen Absatzgebieten gesteigert werden, insbesondere auch nach den überseeischen Ländern.

13 Oberpostdirektionen sollen abgebaut werden.

Der Verkehrsrückgang bei der Reichspost.

Die Deutsche Reichspost veröffentlicht soeben ihren Bericht über das zweite Viertel (Juli bis September) des Rechnungsjahres 1932. Gegenüber dem Vorjahr ist der Verkehr in fast allen Verkehrszweigen zurückgegangen. Gegenüber dem ersten Viertel (April bis Juni) des laufenden Rechnungsjahres hat sich die Verkehrsentwicklung etwas günstiger gestaltet.

Die Zahl der Rundfunkteilnehmer belief sich Ende September auf 4 077 347; davon waren von der Zahlung der Gebühren befreit 481 627 Teilnehmer (Blinde, Schwerkriegsbeschädigte, Arbeitslose usw.). In den Monaten April bis Juni wurden 199 Schwarzhörer rechtskräftig verurteilt.

Im Rahmen der Sparmaßnahmen sollen von den 45 Oberpostdirektionen allmählich im Laufe der nächsten Jahre 13 Oberpostdirektionen eingezogen werden. Es finden gegenwärtig über diese Frage Verhandlungen mit den Ländern statt. Entscheidungen über die Zusammenlegung und die neuen Abgrenzungen der Oberpostdirektion sind daher noch nicht erfolgt.

Neue Hungermärsche in Amerika.

Von Chikago aus hat am Montag ein neuer Hungermarsch der Kommunisten nach Washington begonnen. Die Hungermärschler wollen beim Kongreß vorstellig werden, damit dieser jedem Erwerbslosen eine einmalige Unterstützung für den Winter von 50 Dollar bewillige. Der kommunistische Sekretär des Landesausschusses der amerikanischen Arbeitslosenräte hat angekündigt, daß sich weitere Hungermärsche aus San Franzisko und anderen Städten nach Washington in Bewegung setzen werden.

28000 spanische Bergarbeiter im Streik.

Im Kohlengebiet von Asturien (Nordspanien) sind 28 000 Bergwerksarbeiter in den Streik getreten. Sie fordern die Drosselung der Einfuhr englischer Kohle, damit die riesigen Haldenbestände an spanischer Kohle abgesetzt und dadurch weitere Arbeitsmöglichkeiten für die einheimischen Arbeiter geschaffen werden können.

Über 1000 Todesopfer eines Taifuns.

Tausende von Häusern durch Feuer vernichtet.

An der ganzen Küste des Stillen Ozeans wütete ein Taifun, der ungeheure Verwüstungen anrichtete und zahlreiche Todesopfer forderte. Die Zahl der Toten wird auf über 1000, die der zerstörten Häuser auf 30 000 geschätzt. Genaue Feststellungen liegen noch nicht vor, da die meisten Verbindungen zwischen Tokio und der Küste abgeschnitten sind. Der Ort Kaschiwabara wurde durch einen Brand, der durch den Wirbelsturm verursacht wurde, vollkommen zerstört. Auch in Numazu sind 500 Häuser durch Feuer vernichtet worden. Tokio wurde durch den Sturm teilweise in Dunkel gehüllt. Viele Eisenbahnlinien, die die von Tokio nach Osaka, sind unterbrochen.

Weitere Besserungszeichen am Arbeitsmarkt.

Entspannung am Stellenmarkt für Angestellte.

Im September dieses Jahres ist bereits eine Entspannung der Arbeitsmarktlage für Angestellte eingetreten. Sie kommt nach Mitteilung des Gewerkschaftlichen Pressedienstes u. a. darin zum Ausdruck, daß die Zugänge von Stellenlosen zur GdA.-Stellenvermittlung um 40 Prozent geringer und die Abgänge wesentlich höher sind als im vergleichbaren Monat des Vorjahres. Dementsprechend ist auch der Bestand der durch die GdA.-Stellenvermittlung erfaßten Stellenlosen im September 1932 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um 16 Prozent gefallen. Allerdings hat diese Entwicklung gegenüber dem Vormonat Oktober nicht ganz angehalten. Dafür ist aber im Oktober eine günstigere Entwicklung im Stellenauftragseingang zu verzeichnen, und zwar sind 10 Prozent mehr Stellen als im September 1932 gemeldet worden.

Clemenceaus Familie gegen das Clemenceau-Denkmal.

Das Denkmal ist ihr zu schlecht.

In Paris soll am 24. November das Clemenceau-Denkmal enthüllt werden. Die Familie des „Tigers" weigert sich jedoch, an der Einweihungsfeierlichkeit teilzunehmen. Alle Bemühungen aus Regierungskreisen, sie umzustimmen, sind erfolglos geblieben. Der Grund für die Weigerung liegt darin, daß die Familie des ehemaligen französischen Ministerpräsidenten die Ausführung des Denkmals und seinen Standort als Clemenceaus unwürdig erachtet. Das Denkmal, das Clemenceau auf einem Felsblock stehend, bekleidet mit feldgrauem Mantel und kleinem Filzhut, darstellt, ist abseits von den Champs Elysées aufgestellt worden und verschwindet fast unter den dichten Baumkronen.

Zeppelinhafen Sevilla.

Zwischen Dr. Eckener und der Stadtverwaltung von Sevilla wurde ein Vertrag unterzeichnet, durch den Sevilla Zwischenstation für die Amerikafahrten des „Graf Zeppelin" wird. Die Stadtverwaltung verpflichtet sich, einen Landemast und eine Wasserstoffgasanlage noch vor dem Sommer 1933 zu errichten. Dr. Eckener erklärte sich bereit, jährlich wenigstens 18 Landungen in Sevilla auf der Rückfahrt von Amerika nach Europa zu unternehmen. Auf der Hinfahrt zu landen ist er nur verpflichtet, wenn wenigstens vier Passagiere an Bord genommen werden müssen.

Das Urteil im Alfelder Landfriedensbruchprozeß.

Eine Zuchthaus-, mehrere Gefängnisstrafen.

Nach siebentägigen Verhandlungen wurde von der Großen Strafkammer in Hildesheim im Alfelder Landfriedensbruchprozeß wegen der blutigen Unruhen, die sich in Alfeld am 10. Juli d. J. zwischen Angehörigen des Reichsbanners und der Nationalsozialisten abspielten, das Urteil verkündet. Von den Nationalsozialisten wurden elf verurteilt, darunter der Sturmführer mit der höchsten Strafe von acht Monaten einer Woche Gefängnis. Drei Nationalsozialisten wurden freigesprochen. Von den Angehörigen der Eisernen Front wurden dreizehn verurteilt, darunter einer mit der schwersten Strafe von einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus. Sechs Angehörige der Eisernen Front wurden freigesprochen.

Vernehmung eines Bullerjahn-Belastungszeugen.

Betriebsingenieur Georg Groß sagt aus.

Im Bullerjahn-Prozeß wurde der Betriebsingenieur Georg Groß vernommen, einer der Hauptbelastungszeugen des ersten Prozesses. In dem damals gefällten Urteil gegen Bullerjahn steht, daß Bullerjahn, nach der Bekundung des Groß,

dessen Lager habe ausspähen

wollen. Jetzt bekundete der Zeuge, daß er von Ausspähen nicht gesprochen habe und auch nicht davon sprechen wolle. Auf die Frage des Präsidenten, wann der Verdacht gegen Bullerjahn entstanden sei, erklärte der Zeuge, dieser Verdacht habe sich von selbst ergeben; es sei erst kein Name erwähnt worden, aber auf einmal sei Bullerjahns Name in der ganzen Fabrik genannt worden, vielleicht deshalb, weil er sich mit niemand vertragen habe.

*** Berliner Schlachtviehmarkt.** (Amtlicher Bericht.)

Bezahlt wurden für 50 Kilogramm in Mark:	15. 11.	11. 11.
Ochsen: 1. vollfl. ausgemäst. höchst. Schlachtw., jg.	—	32—33
ältere	—	—
2. sonstige vollfleischige	28—31	28—31
ältere	—	—
3. fleischige	25—27	25—28
4. geringe Kälber	21—24	22—24
Bullen: 1. jüngere, vollfl., höchst. Schlachtw.	28—30	30—31
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	27—28	28—29
3. fleischige	24—26	24—27
4. geringe Kälber	21—23	21—23
Kühe: 1. jüngere, fleischige, höchst. Schlachtw.	—	25—27
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	20—22	21—24
3. fleischige	16—18	18—20
4. gering genährte	11—15	12—16
Färsen: 1. vollfl., ausgemäst., höchst. Schlachtw.	30	30—31
2. vollfleischige	24—28	25—29
3. fleischige	18—23	20—24
Fresser: 1. mäßig genährtes Jungvieh	18—22	19—23
Kälber: 1. Doppellender bester Mast	—	—
beste Mast- und Saugkälber	42—50	42—50
2. mittlere Mast- und Saugkälber	32—45	33—45
3. geringe Kälber	16—25	17—25
Schafe: 1. Mastlämmer u. jg. Masth. (Weidemast)	—	25—26
2. Mastlämmer u. jg. Masthammel (Stallmast)	27—30	28—31
3. mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte Schafe	23—26	25—27
Schweine: 1. Fettschweine über 300 Pfd. (Lebendgew.)	—	—
2. vollfl. Schweine v. etwa 240—300 Pfd. (Lebendgew.)	42—44	44—45
3. vollfl. Schweine v. etwa 200—240 Pfd. (Lebendgew.)	40—43	42—44
4. vollfl. Schweine v. etwa 160—200 Pfd. (Lebendgew.)	37—39	40—41
5. fleisch. Schweine v. etwa 120—160 Pfd. (Lebendgew.)	34—36	37
6. fleischige Schweine unter 120 Pfd. (Lebendgew.)	—	—
7. Sauen	35—38	37—39

Vierzig japanische Fischerboote vermißt.

250 Mann Opfer der Sturmkatastrophe.

Seit dem Wirbelsturm, der die pazifische Küste Japans heimsuchte, werden vierzig Fischerboote vermißt. Man befürchtet, daß alle vierzig Schiffe, von denen keine Spur zu sehen ist, in dem Sturm gesunken und die Besatzungen von insgesamt 250 Mann ums Leben gekommen sind.

Ferner sind 36 Matrosen des Dampfers „Gentschu Maru", der auf der Höhe der Halbinsel Izu in den Sturm geriet, ertrunken. Auch von allen Punkten der Ostküste gehen Nachrichten ein, wonach viele Fischerboote oder Fischdampfer im Sturm gekentert sind.

Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst bei 100 Kilogramm in Reichsmark:

	15. 11.	14. 11.		15. 11.	14. 11.
Weiz., märk.	199-201	200-202	Weizkl. f. Bln.	9,3-9,7	9,3-9,6
pommersch.	—	—	Roggkl. f. Bln.	8,5-8,8	8,5-8,8
Rogg., märk.	157-159	157-159	Raps	—	—
Braugerste	170-180	170-180	Leinsaat	—	—
Sommergst.	—	—	Viktoriaerbs.	21,0-26,0	21,0-26,0
Futtergerste	161-168	161-168	kl. Speiseerbs.	20,0-23,0	20,0-23,0
Wintergerste	—	—	Futtererbsen	14,0-16,0	14,0-16,0
Hafer, märk.	132-136	133-137	Peluschken	—	—
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	—	—
westpreuß.	—	—	Wicken	—	—
Weizenmehl			Lupine, blaue	—	—
per 100 kg			Lupine, gelbe	—	—
fr. Berl. br.			Serradelle	—	—
inkl. Sack	24,4-27,4	24,5-27,5	Leinkuchen	10,1-10,2	10,1-10,2
Roggenmehl			Erdnußkuchen	10,8-11,1	10,8-11,1
per 100 kg			Trockenschtzl.	8,9	8,9
fr. Berl. br.			Sojaschrot	10,3-11,0	10,3-11,0
inkl. Sack	20,2-22,5	20,4-22,5	Kartoffelfl.	—	—

Lokales und Provinzielles.

—* **Annaburg.** Zum heutigen Schweinemarkt waren ca. 240 Ferkel zum Verkauf gestellt, welche zum Preise von 8—12 RM. guten Absatz fanden, sodaß der Markt schnell geräumt war.

Annaburg. Auf das heute abend im Goldenen Ring stattfindende Konzert der Rohrschen Kapelle, in welchem ein ganz auserwähltes Programm geboten werden wird, sei auch an dieser Stelle noch einmal aufmerksam gemacht und der Besuch angelegentlichst empfohlen.

Annaburg. (Mandolinenkonzert im Goldenen Ring.) Das am Sonnabend im „Goldenen Ring" vom hiesigen Mandolinenklub „Gut Klang" veranstaltete Konzert erfreute sich eines sehr guten Besuches. Die gebotenen Leistungen entsprachen voll und ganz den Erwartungen. Die glücklich getroffene Auswahl der Konzertstücke wurde im ersten Teil von Herrn Herber dirigiert. Im zweiten Teil führte Herr Stöhr den Dirigentenstab. Die kleine Spielergruppe, die ihre Darbietungen mit größter Hingabe brachte, verdient wirklich, wie auch Herr Stöhr in seiner kurzen Begrüßungsansprache betonte, allseitige Unterstützung. Deswegen sei auch an dieser Stelle noch einmal die Aufforderung an alle diejenigen erwähnt, die Lust, Liebe und Interesse an der Musik haben, sich dem Verein anzuschließen. Ein recht gemütlicher Ball vereinte die Konzertbesucher noch einige Stunden.

— **Jessen.** In der Devisenschieber-Affaire, in deren Mittelpunkt der 65 Jahre alte Geheimrat Tillich vom Preuß. Wohlfahrtsministerium steht, sind, wie aus Berlin gemeldet wird, die Ermittlungen soweit gediehen, daß mit der Verhandlung vor dem Schnellschöffengericht in etwa 14 Tagen zu rechnen ist. Fünf Angeschuldigte, darunter Tillich, befinden sich in Untersuchungshaft, zwei weitere in die Affaire verwickelte Personen, der Juwelier Smyrna und der Bergwerksdirektor Schmidt sind flüchtig geworden. Tillich behauptet nach wie vor, selbst ein Opfer der Devisenschieber-Gesellschaft geworden zu sein. — Tillich ist jetzt bei den Sparmaßnahmen der kommissarischen Preuß. Regierung in den Ruhestand versetzt worden.

Schweinitz, 15. Nov. (Stadtkämmerer Karl Müller †.) Am Sonnabend verstarb unser Stadtkämmerer Karl Müller. Schon lange sehr herzleidend, konnte er seinem Dienste oft nur noch mit größter Mühe nachgehen. Die Stadt Schweinitz verliert mit ihm einen ihrer tüchtigsten Beamten.

Herzberg. An den Folgen einer Blutvergiftung verstarb gestern mittag der hiesige Gastwirt Ferdinand Moritz. Der Verstorbene erhielt, verursacht durch einen Pickel, eine Schwellung des Kopfes, die zu seinem Tod führte. — Da dieser Tage der Konditormeister Fränkel und jetzt auch die Mitinhaberin des Seifengeschäfts Frenzel verstorben sind, sind innerhalb 8 Tagen in drei Nachbargrundstücken in der Kirchstraße drei Personen gestorben.

Rade. (Zwei Diebstähle in einer Nacht.) Bei den Landwirten Otto Heßler und Wilhelm Witte haben Diebe, die ortskundig gewesen sein müssen, in der Nacht Einbruchsdiebstähle verübt. Bei beiden Landwirten wurden Treibriemen gestohlen, der eine etwa 15, der andere etwa 18 m lang. Vor Ankauf wird gewarnt.

Belgern. Eine völlige Stockung des Verkehrs trat auf der hiesigen Elbstrecke ein, da zwei Kähne, welche zum Ankern gezwungen worden waren, nebeneinander zu liegen kamen. Beim Lichten der Anker ergaben sich Schwierigkeiten, denn sie waren in der Kette festgeworden. Ehe die Durchfahrt frei wurde, hatten sich oberhalb und unterhalb insgesamt gegen 50 Fahrzeuge angesammelt.

Mühlberg, 15 November. Einen wertvollen Fund machte der Strommeister Järsen von hier beim Buhnenbau an der Elbe bei Cöllitzsch. Es wurde ein Bronzeschwert gefunden, das offensichtlich aus der Römerzeit stammt. Das Schwert dürfte ein Alter von etwa 2000 Jahren haben. Das Fundstück muß dem staatlichen Museum in Berlin abgeliefert werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719321117-10/fragment/page=0003

Mügeln. Verhaftet und ins Wittenberger Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert wurde der 25jährige Hermann Schw. aus Mügeln wegen widernatürlicher Unzucht. Der Festgenommene ist verheiratet und Vater eines Kindes.

Proßmarke. (Schlingensteller bei der Arbeit!) Das schändliche Handwerk des Schlingenstellers wird jetzt wieder von Wilddieben im hiesigen Gemeinderevier betrieben. Ein Pilzsucher fand ein in einer Schlinge gefangenes, verendetes Reh. Es wäre zu wünschen, daß diese verrohten Menschen, die mittels Schlingen dem Wilde nachstellen und den Tieren einen fürchterlichen Tod bereiten, gefaßt und einer exemplarischen Bestrafung zugeführt würden.

Wittenberg. Bewußtlos aufgefunden wurde auf dem Bahnhof der Schwerkriegsbeschädigte Heinz Liebenrode aus Köthen. Er hatte eine Verletzung am Kopf, das Sanitätsauto brachte ihn ins Paul-Gerhardt-Stift.

Düben. (Der Kampf um den Geliebten.) Ein hier weilender Kurgast unterhielt mit einer hiesigen Einwohnerin ein Liebesverhältnis. Als nun der Kurgast von seiner Wirtschafterin wieder abgeholt werden sollte — die ihn ebenfalls liebte — kam es zwischen den beiden Frauen zu stürmischen Auseinandersetzungen, sodaß die Polizei herbeigerufen werden mußte, um Tätlichkeiten der beiden Frauen zu verhindern.

Bitterfeld. Der frühere Kassierer der Betriebskrankenkasse der J. G. Farbenindustrie in Wolfen, Walter Hirschfeld, wurde vom Bitterfelder Schöffengericht wegen fortgesetzter Unterschlagung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Hirschfeld hatte über 28000 RM. veruntreut, die er zum größten Teil verwettet hat. Nach Aufdeckung der Unterschlagungen war er nach der Schweiz geflüchtet, auf Drängen seiner Frau aber hat er sich dann der Polizei gestellt.

Boragk. Vor einigen Tagen erschoß sich in seiner in Boragk gelegenen Wohnung der 60 Jahre alte Mühlenbesitzer Schwerdfeger. Die Tat scheint nicht infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten geschehen zu sein, sondern vielmehr wegen einer unheilbaren Krankheit.

Köthen. Beim Fasanenschießen wurden in der vorvergangenen Nacht drei aus Bernburg stammende Wilderer von dem Jagdschutzbeamten in der Feldmark Dohndorf aufgestöbert. Die Wilderer flüchteten, versuchten aber vorher noch ein Jagdgewehr auseinanderzunehmen, um es besser transportieren zu können. Dabei entkam sich ein noch in der Waffe steckender Schuß und die Kugel drang einem der Wilderer in den Rücken. Man fand den Schwerverletzten nach einiger Zeit auf und veranlaßte seine Ueberführung ins Köthener Krankenhaus. Die beiden Genossen ließen den Verwundeten im Stich und flüchteten, konnten aber in Köthen festgenommen und dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt werden.

Drahnsdorf (Kr. Luckau), 15. November. Der hiesige Poststellenverwalter Gr. ist vor einigen Tagen nach Unterschlagung von etwa 3000 RM. Postgeldern flüchtig geworden. Er hat sich inzwischen der Oberpostdirektion Frankfurt gestellt.

○ **Bekämpfung der Hafftkrankheit.** Bei dem Regierungspräsidenten von Königsberg i. Pr. fand eine Sitzung statt, in der über die Hafftkrankheit beraten wurde. Man beschloß, erweiterte Filteranlagen zu schaffen und in den Zellstoffabriken die Abwässer derartig zu entgiften, daß die vermuteten Schäden nicht mehr eintreten können.

○ **Schweres Brandunglück im Hochwaldort Schwarzenbach.** Der Hochwaldort Schwarzenbach bei Trier wurde von einem schweren Brandunglück heimgesucht. Vermutlich durch Kurzschluß entstand in einem aus fünf Anwesen bestehenden Häuserblock Feuer, das bald drei Wohnhäuser und sämtliche Stallungen und Scheunen ergriffen hatte. Um Mitternacht waren die Gebäude vollständig eingeäschert. Große Erntevorräte und eine Menge landwirtschaftlicher Maschinen wurden vernichtet.

Landeskirchliche Gemeinschaft.
Freitag abend 8 Uhr: Evangelisation im Gemeinschaftssaal.

Heute morgen 8 Uhr verschied nach kurzem Krankenlager sanft und ruhig die Witwe

Emilie Fuhrmann

im Alter von 72 Jahren.

In stiller Trauer
im Namen aller Hinterbliebenen
Wilhelm Grahl.

Annaburg, den 16. November 1932.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. November, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Zum Totenfest
empfehle
Kränze und and. Grabschmuck
Albert Riech,
Gärtnerei am Friedhof.

Der neue Mende 180
zeigt auf erleuchteter Riesenstala folgende Stationen:

Karlskrona, Budapest I, Königsberg, Flensburg, Kiel, Lodz, Nürnberg, Triest, Gleiwitz, Frankfurt a. M., Mor.-Ostrava, Torino, Heilsberg, Bratislava, Lyon, Kosice, Northern-Reg., Genova, Dresden, Breslau, Milano, Bruxelles II, Straßburg, Graz, Mühlacker, Stelsinki, Hamburg, Toulouse, Leipzig, Bucarest, Sottens, Katowice, Berlin, Stockholm, Roma, Danzig, Beromünster, Langenberg, Praha, Firenze, Bruxelles I, Wien, Riga, München, Budapest, Hannover, Ljubljana, Leningrad I, Oslo, Moskwa, Kalundborg, Motala, Warszawa, Daventry, Königswusterhausen, Paris-Eiffel, Hilversum.

Glockenreine, naturgetreue Wiedergabe von Musik und Sprache!
Kein Pfeifen, kein unnützes Suchen der Stationen.
Vollkommene Einknopf-Bedienung, nur einstellen — ablesen — hören!
Unverbindliche Vorführung bei:
Marta Stein.

Vor Verlusten schützt „Osteosan"!
M. Brockmanns Vieh-Lebertran-Emulsion
„OSTEOSAN" (Mischfutter)
Keine Kümmerer mehr, sicherer Schutz v. Krampf, Lähme, Steifbeinigkeit durch **M. Brockmanns — (stark vitamin- und eiweißhaltiger) — Vieh-Lebertran-Emulsion „Osteosan"** (Mischfutter). Verblüffende Erfolge!
M. Brockmanns Ratgeber (6. Ausg.) gibt Ihnen Aufschluß. Bei uns erhalten Sie denselben **gratis!**
J. Kählig's Nachfolg.
Inh.: **Martha Müller,** Mühlenstraße 40.

Haushandwerkszeuge
Klopfhämmer . . . . . .
Hämmer mit Nagelzieher
Zangen . . . . . .
Sägen (Fuchsschwanz . .
das Stück 65 ₰
Küchenbeile Stück 95 ₰
J. G. Fritzsche.

Sonnige Wohnung
4 Zimmer, Küche, abgeschl. Flur, Wasserleitung, in der Vorschule per 1. Dezbr. oder später zu vermieten. Auskunft durch
Heinrich Schröder, Markt 1.

3-4 Zimmer-Wohnung
preiswert zu vermieten
Louis Hofmann.

Frachtbriefe Kolli-Anhänger
empfiehlt die Buchdruckerei

Zum bevorstehenden Totenfest
empfehle in reicher Auswahl
Kränze
und **anderen Grabschmuck** zu **billigsten** Preisen.
Blumenhalle Rich. Rost.

Miele-
Zentrifugen
Buttermaschinen
Waschmaschinen
Wringmaschinen
Kartoffeldämpfer
Kartoffelquetschen
Badewannen
Alle Reparaturen und Ersatzteile!
Fritz Rödler, Fernruf 253

Hand-Leiterwagen
in allen Größen zu haben bei
J. G. Fritzsche.

Radio!
Haben Sie schon die **neuesten Lautsprecher**
„Freischwinger"
gehört? Das Neueste von der Funkausstellung
Nora L 32. Preis 35.— M.
Netzanschlußgeräte in allen Preislagen.
Batteriegeräte, moderne, mit 3 Röhren **39.50 M.**
Pertrix-Anoden: | Pertrix 100 Volt . **10.50** „ | Ettannia 100 Volt . **6.50** „
Alle Zubehörteile billigst!
W. Waisch.

Donnerstag, den 17. Novbr.
im Saale des **Goldenen Ring**
Großes volkstümliches
Streich-Konzert,
ausgeführt von Mitgliedern der
Städtischen Orchester Annaburg—Jessen
Dirigenten: Max Rohr — E. Lehmann — Heinz Rohr.
Anfang 8.15 Uhr. Eintritt 70 Pfg.
Erwerbslose gegen Ausweis die Hälfte.
Anschließend: Ball.

Hotel Goldener Anker
Sonnabend, den 19. November
Kirmesfeier
(Unterhaltungsmusik)
ff. Speisen und Getränke
Sternburg-Kraftbräu Dunkel.
Hierzu ladet freundlichst ein
Felix Martini und Frau.

Gasthof zur Weintraube!
Zur Kirmes
am Sonnabend, den 19. November
ladet freundlichst ein **Herm. Kase.**

Salon-Tinte
empfiehlt **H. Steinbeiß.**

Frische Bücklinge, marinierte Heringe
empfiehlt
Heinrich Schröter
Markt 1.

Starke
Hasen
verkauft
Oberförsterei Annaburg
bis Freitag nachmittag in der Darre.

Radio-Apparat
mit **Netzanschluß** billig zu verkaufen: Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

1 Oberwohnung,
bestehend aus Stube, Kammer und Küche, zu vermieten.
Schröder, Baumeister.

1 Tisch und ca. 4 Stühle
gebraucht, zu kaufen gesucht
Angebote a. d. Exped. d. Bl.

Schwein
260—280 Pfd. Gewicht, zu kaufen gesucht.
Häseler, Gärtnerstr.

EISU- Stahl- u. Holz- **Betten**
Schlafzim., Kinderbetten, Stahlmatr., Polst., Chaiset., an jeden Teilzahlg. Katal.-fr. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

Für 27.-Mk.
den **eleganten**
Herren-Mantel
tadellos in der Verarbeitung, gediegen und mollig in Stoff und — den Zeiten entsprechend — **preiswerter denn je!**
Herren-Sacco-Anzüge
von **18.—** Mk. an
Die elegante
Damen-Garderobe
zu bekannt billig. Preisen
Ernst Peschke
Ackerstraße 16
Das Haus der guten Qualitäten!

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719321117-10/fragment/page=0004

Beim Freiwilligen Arbeitsdienst.

Von Diplomhandelslehrer St.-Ref. Johannes Fleischmann.

Das Wort „Freiwilliger Arbeitsdienst" (F. A. D.) ist heute in aller Munde; es ist zum Schlagwort geworden. Viele sprechen und schreiben über den F. A. D., ohne ihn je praktisch kennengelernt zu haben. Um einen genauen Einblick in die Praxis des Freiwilligen Arbeitsdienstes zu erhalten, verbrachte ich einen Teil meiner Ferien als Arbeitsfreiwilliger in einem Lager des F. A. D.-Kommandos Albrechtsbach in der Nähe von Basankwitz bei Bautzen.

Die Belegschaft des Lagers

in Stärke von 120 Mann, ohne Küchenpersonal, ist in acht Gemeinschaften zu je 15 Mann eingeteilt. Je vier Gemeinschaften bilden einen Zug. Die 15 Mann jeder Gemeinschaft wählen aus ihrer Mitte den Gemeinschaftsführer, der für seine Gemeinschaft dem Zugführer und dem Lagerführer gegenüber verantwortlich ist. Die Anrede der Arbeitsfreiwilligen untereinander ist „Bruder" und „Ihr". Die Leitung des Lagers liegt in den Händen eines Diplomlandwirtes, der mehrere Arbeitslager in Sachsen eingerichtet hat. Das Lager in Basankwitz ist das Stammlager und wurde als erstes Großlager Deutschlands in Preititz bei Bautzen am 25. August 1931 eingerichtet.

Die Arbeitsfreiwilligen

setzen sich aus den verschiedensten Berufen zusammen: Schlosser, Schmiede, Maler, Tischler, Maurer, Handlungsgehilfen und ungelernte Arbeiter.

Politisch gehören die Arbeitsfreiwilligen von den Nationalsozialisten bis zu den Kommunisten an. 50 Prozent sind Mitglieder des Jungdeutschen Ordens, der auch die Leitung innehat und Träger des Arbeitsdienstes ist. Jeder soll seine politische Meinung offen und in anständiger Form vertreten, deshalb ist jedem politisch oder gewerkschaftlich Organisierten erlaubt, sein Abzeichen zu tragen, ja, es wird sogar gewünscht. Hierdurch soll die Achtung vor dem politischen Gegner anerzogen werden. Wie ich mich überzeugen konnte, ist diese politische Selbsterziehung von Erfolg gewesen.

Jeder Arbeitsfreiwillige erhält bei Eintritt in den F. A. D. auf der „Kammer": einen Arbeitsanzug (Drillich), einen „Ausgehanzug", ein Paar Stiefel, zwei Paar Strümpfe, Unterhosen, drei bis vier Decken mit dem nötigen Bettzeug und eine Mütze, weiterhin eine Feldflasche, einen Eßnapf und ein Besteck. Für die Beköstigung stehen jedem Arbeitsfreiwilligen zur Verfügung: jeden dritten Tag ein Vierpfundbrot, jeden zweiten Tag 125 Gramm Marmelade, 125 Gramm Fett, 125 Gramm Butter, jeden Tag 125 Gramm Wurst und abwechselnd Käse, Gurken, Rollmops, Bratheringe usw. Das Essen ist reichlich und gut. Dasselbe gilt vom Mittagessen.

Die Arbeit des Freiwilligen Arbeitsdienstes besteht in der Regulierung des Albrechtsbaches, eines kleinen Flusses, der jedes Jahr durch Überschwemmungen großen Schaden anrichtet. Ein Teil des Flusses ist im vergangenen Jahre durch den F. A. D. des Jungdeutschen Ordens reguliert worden, und durch diese Notstandsarbeiten ist ein Teil der anliegenden Felder vor Überschwemmungen in diesem Jahr verschont geblieben. Die Vergebung der Arbeiten liegt in den Händen des Staatlichen Wasserbauamtes Bautzen. Diese Behörde übergibt die Arbeiten einem Unternehmen, das zehn Prozent der Stammarbeiter sowie die Werkzeuge zur Verfügung stellt.

Zehn Prozent von tarifentlohnten Arbeitskräften

muß bei jeder Arbeitsdurchführung des F. A. D. laut Gesetz beschäftigt werden. Die Lagerleitung erhält pro Arbeitstag und für jeden Arbeitsfreiwilligen 0,70 Mark, von diesem Betrag erhält der Arbeitsfreiwillige 0,50 Mark Taschengeld pro Tag einschl. Sonntags. Kleidung, Beköstigung, Krankenversicherung wird von den Unterstützungsbeiträgen der Arbeitslosen-, Wohlfahrts- und Krisenfürsorge bestritten. Am Ende eines Arbeitsdienstjahres wird der etwaige Überschuß unter die Arbeitsfreiwilligen — prozentual auf die Zahl der Arbeitstage verrechnet — verteilt. Die Arbeit beginnt früh 6 Uhr und endet um 2 Uhr.

Der Verlauf eines Arbeitstages.

Früh um 4 Uhr 15 Min.: Wecken durch die Gemeinschaftsführer. Danach das Waschen. Dieses muß schnell beendet sein, denn nach kurzer Zeit ertönt ein Pfiff: Kaffee fassen! An langen Tischen sitzen die Gemeinschaften, der Führer verteilt die Wurst für das Frühstück, Schnitten werden zurechtgemacht und im Brotbeutel verstaut. Um 4 Uhr. 55 Min. ein neues Signal: „Fertigmachen zum Abmarsch." In drei Reihen nach dem Reichswehrexerzierreglement stehen die Arbeitsfreiwilligen ausgerichtet. „Achtung, Augen links!" Der Lagerführer erscheint und begrüßt seine Leute. Dann geht es mit klingendem Spiel oder frohem Gesang zur Arbeitsstätte. Um 6 Uhr beginnt der Arbeitsdienst.

Hier wird Boden „gestochen" und die Erde mit Loren (Kippen) zum Zuschütten des alten Flußbettes fortgefahren. Dort werden Bäume gefällt, um dem neuen Flußbett eine gerade Richtung zu geben. Hier wird Rasen „geschält", der bei den Böschungsarbeiten Verwendung finden soll, dort wird eine alte Brücke abgerissen, an deren Stelle eine neue errichtet werden soll.

Kopf- und Handarbeiter

schaffen an ein und demselben Arbeitsplatz; letzterer nimmt freiwillig einen größeren Teil der Arbeit auf sich, denn er weiß ja, „wie sauer dem anderen die Arbeit wird". Das durchschnittliche Arbeitsquantum pro Tag und pro Mann ist vier bis fünf Kubikmeter Erdbewegung; für diesen schweren Boden eine beachtliche Leistung. Nach einer Pause um 8 Uhr geht die Arbeit weiter. Die Sonne brennt stärker und stärker, aber das Arbeitstempo darf nicht nachlassen. Für viele ungewohnt, aber keiner will sich vor dem anderen „schwach" zeigen, jeder hält durch trotz Hitze und Durst. Plötzlich ertönt um 12 Uhr ein Pfiff — das Signal zur zweiten Pause. Nach dieser Pause verlangsamt sich das Arbeitstempo merklich: bei den Neuen, den „Alten" und sogar bei den „Stammarbeitern". Die drückende Hitze macht sich mehr als bemerkbar. Nach kurzer Arbeitsdauer hört man das erlösende Zeichen für die Beendigung des Arbeitstages. Die Werkzeuge und Stiefel werden gereinigt, und bald steht die Arbeitskolonne zum Abmarsch fertig. Mit Trommeln und Pfeifen geht es im schnellen Schritt dem Lager zu.

Nach dem Postempfang ist Waschen und Stiefelputzen. Dieses muß gründlich und ordnungsgemäß erledigt werden, weil ost nach dem Essen

der gefürchtete Stiefelappell

stattfindet. Das gestrenge Auge des „Spießes" sieht alles, meistens mehr als der „arme" Freiwillige. Um 4 Uhr ist Mittagessen; die Verteilung geht nach Gemeinschaften vor sich. Nach dem Essen hat abwechselnd jede Gemeinschaft Küchendienst; viele lernen hier durch eigene Betätigung Pflicht und Arbeit der Hausfrau würdigen. Findet kein „Stiefel- oder Kleiderappell" statt, so kommt der Sport an die Reihe. Das Abendessen kann jeder nach Belieben einnehmen; der eine in der kühlen Baracke, der andere im Freien. Der Abend kommt! Durch die Stille der Natur tönen sanfte Klänge: Volks- und Soldatenlieder des Trompeters. Danach laut und auffordernd der Zapfenstreich: „Soldaten soll'n nach Hause geh'n." Einer nach dem anderen kommt eilenden Schrittes in das Lager, denn Zuspätkommen zieht Strafe nach sich. Wenige Minuten nach 9.30 Uhr liegt das ganze Lager in Ruhe; nur der Schritt der Wache ist hörbar.

So vergeht ein Tag um den anderen im Arbeitslager. Jeden Mittwoch findet

ein Gemeinschaftsabend

statt. Mit ernsten Worten über den Sinn der Gemeinschaft wird der Abend eingeleitet, dann folgt ein Vortrag mit anschließender Aussprache. Danach werden Volks- und Soldatenlieder gesungen, und oft kommt der Humor zu seinem Recht. Während meines Aufenthaltes wurde ein Vortrag über „das Bürgerliche Gesetzbuch" gehalten. Alle Vorträge regten zur lebhaften Aussprache an und trugen zur Weiterbildung der Arbeitsfreiwilligen bei.

Der Arbeitsdienst hat aber seinen Wert nicht allein bei Notstandsarbeiten gezeigt, sondern oft waren die Arbeitsfreiwilligen als erste zur Stelle, wenn es galt, Aufräumungsarbeiten und Absperrdienste bei Überschwemmungen und Bränden zu leisten. Der Freiwillige Arbeitsdienst, Kommando Albrechtsbach, hat bei den letzten Überschwemmungen in der Lausitz Hilfs- und Rettungsmannschaften gestellt; außerdem hat er zwei Brände in der Nähe von Basankwitz gelöscht. Wer kann oder will nun noch den Wert des Freiwilligen Arbeitsdienstes verneinen?

Erziehung zum Gemeinschaftssinn.

Hilfsbereitschaft, Einordnung, Unterordnung, Verantwortungsbewußtsein und Pflichtgefühl sind die Kennzeichen des Freiwilligen Arbeitsdienstes. Durch gemeinschaftliche Arbeit schaffen die Arbeitsfreiwilligen Werte für die Gemeinschaft. An Stelle des Parteihasses setzen sie die Achtung vor der Anschauung des politischen Gegners. Bei Arbeit, Sport und Geselligkeit wird innerhalb und außerhalb des Lagers der Gemeinschaftssinn entwickelt, entfaltet und anerzogen. Beruf, Besitz und Geburt des einzelnen spielen eine untergeordnete Rolle; der Mensch wird nach seinem Charakter und besonders nach seiner Leistung beurteilt. Mit anderen Worten: durch den Freiwilligen Arbeitsdienst erfährt der Mensch eine vollkommen neue Bewertung. Nicht der Wert des einzelnen ist ausschlaggebend, sondern der Wert des einzelnen für die Gemeinschaft.

Die Führerfrage beim Freiwilligen Arbeitsdienst.

Eine Unterredung mit dem Reichsarbeitsminister.

In einer Unterredung mit dem Chefredakteur eines Berliner Nachrichtenbüros über Gegenwartsfragen des Freiwilligen Arbeitsdienstes hob der Reichsarbeitsminister hervor, daß sich die Organisation des Arbeitsdienstes, die sich allerdings noch im Ausbau befinde, durchaus bewährt habe. Die Lösung der Führerfrage sei von entscheidender Bedeutung. Zu Beginn des nächsten Frühjahrs würden etwa 1500 ausgebildete Lagerführer für den Freiwilligen Arbeitsdienst zur Verfügung stehen. Mit einem solchen Führerstamm werde es möglich sein, den Arbeitsdienst immer mehr in geschlossenen Lagern durchzuführen. Die Mitwirkung von Verbänden der verschiedensten Richtungen sei ganz besonders förderlich. Es sei Vorsorge getroffen, daß ungeeignete Verbände aus dem Freiwilligen Arbeitsdienst entfernt und unlautere Konkurrenzmanöver zwischen den Organisationen unterbunden würden. Die Träger des Arbeitsdienstes müßten noch mehr als bisher die einzelnen Arbeitsgruppen so zusammenstellen, daß ihnen Arbeitsdienstfreiwillige verschiedener sozialer Stellung und unterschiedlicher Weltanschauung angehörten. Auf diese Weise würden sich die jungen Leute bei gemeinsamer Arbeit kennenlernen und zur Achtung auch gegnerischer Überzeugungen erzogen. Der Freiwillige Arbeitsdienst würde während des Winters Einschränkungen erfahren. Wo die Natur der Arbeiten es zulasse, solle er aber auch im Winter durchgeführt werden.

Flugraketenstart in Berlin.

Auf einem von der Berliner Flughafengesellschaft auf dem Tempelhofer Flugplatz veranstalteten Flugtag führte der Osnabrücker Ingenieur Tilling erstmalig der Öffentlichkeit die von ihm erbauten Flugraketen vor. Die erste Rakete erreichte eine Höhe von 700 Meter und ging dann, wie vorgesehen, im Gleitflug wieder herunter. Der zweite Start hatte sehr unter den immer stärker werdenden Böen zu leiden. Der Abschuß der dritten Rakete wurde aus Sicherheitsgründen von der Flugpolizei untersagt, da der Bodenwind inzwischen auf 14 Sekundenmeter angeschwollen war und ein Niedergehen der Rakete innerhalb der Zuschauerplätze befürchtet wurde.

Heimgefunden

Roman von M. Blank-Eismann.

6. Fortsetzung — Nachdruck verboten

„Freust du dich nicht über meine Heimkehr, Brigitta?" fragte er mit leisem Vorwurf in der Stimme, so daß Rosi Hessling tiefes Mitleid mit ihm empfand, denn auch sie hatte sich ein Wiedersehen der beiden Gatten nach einer längeren Trennung ganz anders vorgestellt.

Doch gleich darauf kam ein erzwungenes Lachen über Brigittas Lippen.

Sie eilte auf den Gatten zu, legte ihm die Arme um den Hals und streifte mit flüchtigem Kuß seinen Mund.

„Natürlich freue ich mich, Herward. Ich war nur von deiner plötzlichen Rückkehr so überrascht, daß ich es nicht sofort glauben konnte, daß du wirklich vor mir standest. Du wolltest doch erst Ende dieser Woche heimkommen."

Herward Malten nickte und strich mit müder Handbewegung über Brigittas blonde Locken.

„Meine Geschäfte waren rascher erledigt, als ich voraussehen konnte. Aber was ich sehe? Wir haben zu lieben Besuch bekommen!"

Hastig erklärte Brigitta:

„Ja, Rosi ist gekommen, um hier in Köln den Karneval zu erleben. Sie wußte nicht, daß du dich auf einer Geschäftsreise befandest und wird sich nun doppelt freuen, daß du zurückgekommen bist, denn nun wirst du mit uns die große Redoute im Opernhaus besuchen. Ich werde gleich dem Mädchen Weisung geben, daß sie deinen Domino herrichtet."

Hastig verließ sie das Zimmer.

Herward Malten starrte ihr einen Augenblick nach. Er atmete schwer, preßte dann seine Hand an die Stirn und murmelte:

„Karneval — das hatte ich ganz vergessen."

Da eilte Rosi auf ihn zu, faßte seine rechte Hand und rief:

„Meinethalben brauchen wir nicht zur Redoute zu gehen, Herward. Ich trage kein Verlangen nach solchen Vergnügungen, ich bleibe gern zu Hause!"

Herward Malten stand regungslos da und starrte Rosi an.

Für Sekunden herrschte tiefe Stille, dann murmelte er:

„Wie groß du geworden bist, Rosi! Ich habe dich immer nur als kleines Mädelchen mit braunen Hängezöpfen in der Erinnerung —"

„Du scheinst ganz zu vergessen, daß seit eurer Hochzeit vier Jahre vergangen sind, Herward —"

Dieser schloß die Augen und wiederholte mit tonloser Stimme:

„Vier Jahre? — Vier Jahre? — Nein, das habe ich nicht vergessen — sie waren hart und schwer und brachten so viele Enttäuschungen —"

Doch gleich darauf lachte er auf und bemerkte in fast barschem Tone:

„Warum willst du nicht zur Redoute ins Opernhaus gehen, Rosi? Du bist doch nur deshalb nach Köln gekommen —"

Sie wollte erschrocken abwehren, aber im letzten Augenblick fiel ihr die Bitte ihrer Schwester ein. Sie lächelte deshalb und erklärte:

„Du wirst müde sein, Herward, und lieber schlafen wollen, als auf einen Ball gehen. Du bist doch sicherlich die ganze Nacht hindurch gefahren und hast das Bedürfnis, dich auszuruhen."

Erstaunt schaute Herward Malten zu dem jungen Mädchen nieder. Dann zog er mit einem schweren Seufzer die Schultern hoch und flüsterte: „Wer fragt nach mir? Wer nimmt auf mich Rücksicht?"

Ganz deutlich hörte Rosi die Verbitterung dieses Mannes aus den Worten heraus und sie erschrak darüber, fühlte, wie sich ihr Herz schmerzlich zusammenzog.

Unwillkürlich faßte sie abermals Herwards Hand, zog ihn zu dem Frühstückstisch, drückte ihn dort in einen Lehnstuhl nieder und rief:

„Komm, setze dich und frühstücke erst einmal ordentlich, dann wirst du die Welt mit anderen Augen ansehen."

Und sie füllte ihm die Tasse mit duftendem Mokka, erkundigte sich lächelnd, wieviel er Zucker und Sahne wünsche, strich ihm die Brötchen und plauderte dabei so harmlos von ihrem Elternhaus, daß es ihr gelang, die Sorgenfalten von seiner Stirn zu bannen.

Herward Malten lehnte sich lächelnd in dem Stuhl zurück, zündete sich eine Zigarette an und während er den blauen Rauchringen nachsah, erklärte er:

„Wie schön ist es, von so zarten Händen bedient zu werden und einer so lieben Stimme lauschen zu können!"

Er faßte Rosis Hand, zog diese an seine Lippen und preßte einen Kuß darauf. Dann aber legte er die weiche, kühle Mädchenhand an seine Stirn und schloß die Augen.

Regungslos saß er da, während Rosis Herz in rasenden Schlägen klopfte und ihre Augen ihn angsterfüllt anstarrten, als wollte sie die Gedanken hinter seiner Stirn erraten.

Herward Malten aber flüsterte:

„Wie das kühlt! — Wie das lindert! — Ich glaube beinahe, Rosi, daß deine Hände Wunder vollbringen können."

„Herward, du erschreckst mich! Deine Worte ängstigen mich."

Da fuhr Herward Malten auf, blickte wie erwachend um sich, lachte dann und rief:

„Lache doch, kleine Rosi! Es ist ja Karneval draußen — Faschingsdienstag. Der Gaukelkönig zieht durch alle Straßen und schwingt sein Zepter, damit alle ihm zujubeln. Lache doch, Rosi —"

Doch ernst schüttelte die Kleine den Kopf.

„Ich kann nicht lachen, Herward, wenn ich dich ansehe."

„Aber ich lache doch auch."

„Nein — das ist nicht wahr — du möchtest lieber weinen."

„Still, Rosi — still!"

„Was ist dir, Herward? Hast du Sorgen? Kann ich dir helfen?"

Herward Malten preßte beide Hände vor sein Gesicht und stöhnte:

„Niemand kann mir helfen —"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719321117-10/fragment/page=0005

Neuer Kündigungsschutz für Hypotheken.

Die Unergiebigkeit des Kapitalmarktes.

Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten wird das Recht des Gläubigers, die Rückzahlung von dinglich gesicherten Forderungen zu verlangen, bis zum 1. April 1934 hinausgeschoben. Diese Maßnahme war erforderlich, da es bei der Unergiebigkeit des Kapitalmarktes dem Schuldner zur Zeit nicht möglich ist, sich eine Ersatzhypothek zu beschaffen.

Aus diesem Grunde ist deshalb bereits in der Verordnung vom 27. September 1931 die Fälligkeit von landwirtschaftlichen Hypotheken bis zum 1. April 1935 hinausgeschoben worden. Eine ähnliche Vergünstigung besteht, wenn auch aus anderen Erwägungen, für die Schuldner von Kündigungshypotheken auf Grund der Vierten Notverordnung vom 8. Dezember 1931, denen ein Kündigungsschutz bis zum 31. Dezember 1931 gewährt ist. Es war daher ein Gebot der Gerechtigkeit, auch den übrigen hypothekarischen Schuldnern, insbesondere dem städtischen Grundbesitz, einen ähnlichen Zahlungsaufschub zu bewilligen.

Die Verordnung bezieht sich auch auf bereits fällige Hypotheken, jedoch dann nicht, wenn die Fälligkeit durch einen besonderen Anlaß, z. B. den Verzug mit den Zinsen, herbeigeführt worden ist. In diesem Falle kann aber der Schuldner den Zahlungsaufschub beanspruchen, wenn er binnen einem Monat die rückständigen Beträge nachbezahlt. Den Interessen des Gläubigers ist dadurch Rechnung getragen, daß er im Falle eines dringenden Bedarfs der geschuldeten Beträge das Amtsgericht mit dem Antrage anrufen kann, daß die Hinausschiebung der Fälligkeit ganz oder teilweise unterbleibt.

Die Not der Kriegsopfer.

Die 21. Reichskonferenz des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten in Königsberg.

Im Landeshaus der Provinz Ostpreußen in Königsberg fand die 21. Reichskonferenz des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten statt. In seiner Eröffnungsrede wies der erste Bundesvorsitzende darauf hin, daß es die Aufgabe dieser Konferenz sei, gegen den Mißbrauch sozialer Not zu parteipolitischen Zwecken Verwahrung einzulegen, andererseits aber dafür einzutreten, daß die Lasten des Krieges in gerechter Weise verteilt würden. Auf keinen Fall dürften die Kriegsopfer noch neue Lasten aufgebürdet bekommen. Nach einem Vortrag des bekannten Nationalökonomen Prof. Dr. Paul Herenberg über das Thema „Wirtschaftskrise und Sozialpolitik" sprach der Bundesvorsitzende über die Not der Kriegsopfer. Er verwies auf die Zahlen des Reichshaushalts 1927 und 1932. 1927 wurden für etwa 2 300 000 Versorgungsberechtigte rund 1 387 000 000 Mark aufgewendet. 1932 betrugen diese Mittel für etwa die gleiche Anzahl Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener nur 1 045 324 000 Mark. Es sei zu fordern, daß der Versorgungsanspruch, der in den letzten Jahren nach und nach seines Charakters als Rechtsanspruch entkleidet worden sei, wieder in einen Rechtsanspruch zurückentwickelt würde. Der Redner begründete dann eingehend das vor Monaten bekanntgegebene Aktionsprogramm des Reichsbundes, das die vordringlichsten Forderungen der Kriegsopfer für ihre Versorgung in der Gegenwart aufzeigt.

Die Bayerische Volkspartei zur politischen Lage.

Unter dem Vorsitz des Parteivorsitzenden Schäffer fand in München eine Sitzung der Landesparteileitung der Bayerischen Volkspartei statt. An den Beratungen nahmen Ministerpräsident Dr. Held, ferner die Staatsminister Dr. Stützel und Dr. Goldenberger, außerdem die Vorsitzenden der Landtags- und Reichstagsfraktion teil. Über das Ergebnis der Sitzung wurde eine amtliche Verlautbarung herausgegeben, in der es heißt: Die Bayerische Volkspartei wird alles einsetzen, um eine ruhige und gesetzliche Entwicklung in Deutschland zu fördern, ein Zusammenarbeiten zwischen Reichsregierung und Reichstag zu erleichtern und alle parteipolitischen Schwierigkeiten um des Vaterlandes willen zu überwinden. Sie ist sich allerdings bewußt, daß das nicht nur von allen Parteien die Einführung in eine große deutsche Notgemeinschaft erfordert, sondern auch bei der Reichsregierung den ehrlichen Willen voraussetzt, wirklich ernsthaft die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reichstag anzustreben.

Totengedenkfeier der Marine.

Der Verein ehemaliger Matrosen der kaiserlichen und der Reichsmarine Berlin e. V. hielt in Berlin vor der „Amazone"-Säule im Invalidenpark seine diesjährige Gedenkfeier für die Toten der deutschen Marine ab. Zur Feier waren zahlreiche Mitglieder der Berliner Marineorganisation und Vertreter der Reichsmarine erschienen. Fregattenkapitän a. D. Schelbe sprach über den deutschen Wehr- und Seegeltungsgedanken. Der Geist jener Männer, die bis zum letzten Augenblick ihre Geschütze bedient und einem weit überlegenen Gegner nicht nur getrotzt, sondern ihn auch zu besiegen gewußt hatten, sei nicht erloschen, sondern habe Kräfte ausgestrahlt, die bis auf den heutigen Tag wirksam seien. Die Toten der „Niobe" seien ihrer toten Kameraden des großen Krieges würdig gewesen.

Der Gedanke, daß die Seegeltung eines Volkes ein wichtiger Machtfaktor sei bei der Beschaffung von neuem Lebensraum für ein eingezwängtes Volk, sei auch als der Sinngedanke unserer neuen Marine lebendig gewesen in jenem Führernachwuchs der „Niobe". Und auf die Führer, auf Männer, die gewohnt seien, ein Leben in Gefahr zu wagen, komme es an.

Dann legte der Vorsitzende des Vereins, Friedrich Will, nach Worten des Gedenkens einen Kranz der Berliner Marineorganisation vor der „Amazone"-Säule nieder. Nach einigen Minuten ehrfürchtigen Schweigens war die Gedenkfeier beendet.

Der Bullerjahn-Prozeß.

Zu Beginn der Nachmittagsverhandlung des Falles Bullerjahn tritt der Zeuge Dr. Brand-Neubadelsberg, der Aufsichtsratsvorsitzende der Berlin-Karlsruher Industrie-Werke A.-G., vor. Er ist Leumundszeuge für Herrn Gontard. Der Zeuge gibt eine Darstellung der Ablösung des alten Aufsichtsrates der Berlin-Karlsruher Industrie-Werke A.-G. und des Verhaltens des Generaldirektors von Gontard gegen den neuen Aufsichtsrat und insbesondere gegen die Wirtschaftskommission. Dieses Verhalten sei

merkwürdig loyal gewesen.

Man hätte aber verstanden, wenn Herr von Gontard der Arbeit der Kommission Widerstände entgegengebracht hätte. Dr. Bünger: „Ist von Gontard so unverlässig, daß man nicht glauben kann, seine Angaben seien richtig?" Zeuge Dr. Brand: „Wir haben inzwischen den Eindruck bekommen, daß es sich nur um wohlverständliche Gegensätze handelte, nie aber um Vorkommnisse, aus denen auf Unzuverlässigkeit in anderen Dingen zu schließen gewesen wäre." Senatspräsident Dr. Bünger: „Jetzt kommt

die sogenannte Urkundenfälschung:

Es ist Anweisung gegeben worden, daß für 1924 ein Betrag von 310 000 Mark zurückgestellt werden sollte, der nachträglich als für Vorstand und Oberbeamte bestimmt bezeichnet wurde. Diese nachträgliche Bezeichnung soll ohne Wissen des Geheimrats von Hagen, der die Verfügung unterschrieben hat, hineingeschrieben worden sein." Zeuge Dr. Brand: „Die Tatsache, daß von Hagen seine Unterschrift gab, läßt darauf schließen, daß eine Rückstellung im Interesse des Vorstandes und der Oberbeamten beabsichtigt war. Eine Ermächtigung zur Auszahlung hat in dieser Rückstellung nicht gelegen." Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: „Entspricht es, Herr Dr. Brand, nicht den Gepflogenheiten eines ordentlich geführten Geschäfts, bei Abänderungen dieser Art ein so wichtiges Schriftstück noch einmal zu schreiben?" Dr. Brand: „Da über den Betrag nicht verfügt wurde, ist das Schriftstück nicht so wichtig. Ganz selbstverständlich hätte die Einfügung mit der Einwilligung des Geheimrats v. Hagen nachträglich geschehen können."

Der Zeuge von Gontard erklärte,

daß er 23 Jahre lang Generaldirektor der Berlin-Karlsruher Industriewerke gewesen sei und daß er als Fachmann und Mitbesitzer der Werke außerordentlich weitgehende Vollmachten unter dem früheren Aufsichtsratsvorsitzenden Louis Hagen usw. gehabt habe. Aus dieser Tatsache hätten sich die Differenzen und Reibungen mit dem neuen Aufsichtsrat ergeben. Die Rückstellung sei vom Aufsichtsrat genehmigt worden, zur eigentlichen Auszahlung hätte es selbstverständlich noch besonderer Genehmigung bedurft. Die Weiterverhandlung wurde dann auf Dienstag vormittag vertagt.

Funk-Ecke

Freitag, den 18. November:

Deutsche Welle 1635.

10.10: Unter den Eisriesen des Feuerlandes. * 11.30: Wie muß der Landwirt Markt- und Preisberichte lesen? * 15.00: Zugend hilft der Zugend. * 15.45: Technische Plaudereien. * 16.00: Religionsunterricht als Verkündigung oder Bildungshilfe. * 16.30: Nachmittagskonzert Leipzig. * 17.30: Deutsche Kulturpolitik im Ausland. * 18.00: Überwindung der Krise und die Landwirtschaft. * 18.30: Puppentheater. * 19.00: Wissenschaftlicher Vortrag für Ärzte. * 19.30: Freiwilliger Arbeitsdienst. * 19.40: Zeitdienst. * 20.00: Vera Schwarz und Joseph Schmidt singen aus klassischen Operetten. * 21.15: Tages und Sportnachrichten. * 21.25: Aus der Pilharmonie: Ausschnitt aus dem Konzert der Comedian Harmonists zugunsten der Berliner Winterhilfe.

Sonnabend, den 19. November:

Deutsche Welle 1635.

10.10: Aus Königsberg: Wir besuchen den Königsberger Dom. * 11.00: Stunde der Unterhaltung. * 15.00: Der Bau der Wartburg. * 15.45: Hemmnisse im Berufsleben der Frau. * 16.00: Charakter und Schicksal. * 16.30: Nachmittagskonzert Hamburg. * 17.30: Schach dem Tode. * 17.50: Totensonntag 1918 in Deutsch-Südwestafrika. * 18.05: Musikleben in Großstadt und Provinz * 18.30: Deutsch für Deutsche (Anfangsgründe). * 19.00: Französischer Sprachunterricht. * 19.40: Stille Stunde. * 20.00: Aus Hamburg: Abendkonzert. * 22.30: Alte geistliche Musik.

Mitteldeutscher Rundfunk

Freitag, 18. November.

10.10: Aus Hamburg: „Haithabu, die alte Wikingerstadt." Lehrspiel. * 14.00: Kunstberichte * 15.15: Martha Schmidt-Theile: Blumen, die unsere Mütter liebten. * 16.00: W. Apel: Kostenlose Selbstherstellung von Vogelfütterungen. * 16.30: Konzert. Leipziger Sinfonieorchester. Dirig.: Th. Blumer. Solist: Konzertmstr. L. Schwarz. * 17.30: Stunde mit Büchern. Familie heute. Dr. Alice Rühle-Gerstel. Sprecherin: Margarete Anton. * 18.00: Obersudienrat Dr. H. Heinze: Zum ersten Male durch das nördliche Eismeer nach Amerika. Erinnerung an den Polarforscher A. E. Nordenskjöld anläßlich seines 100. Geburtstages. * 18.25: F. Margoliouth: Englisch * 18.50: Wir geben Auskunft. * 19.00: Obersiudiendir. Dr. F. Prüfer: Von richtiger und falscher Elternliebe. * 19.30: Konzert. Musikkorps des 3. Batl., 11. (Sächs.) Inf.-Regts Ltg.: Obermusikmeister F. Wier. * 21.00: Tagesfragen der Wirtschaft. * 21.10: „Hanfische Bunner." Hörbilder aus deutscher Vergangenheit von Anne Rhees. Ltg.: H. Herfe. Sprecher: K. Baumgarten, O. Berger, O. Becker, W. Ebert-Grassow, C. de Giorgi, Lothar Körner, T. Kondziella, W. Leonhard, Dietrich v. Oppen, Fritz Schäffer, H. Schall.

Sonnabend, 19. November.

14.00: Funkberatung. * 14.10: Funknachrichten. * 14.30: Spielen u. Basteln mit Dr. Ilse Obrig. * 15.15: R. M. Blümich: Funkschach. * 16.00: Musikberatung des Mitteldeutschen Rundfunks. * 16.30: Aus Berlin: Orchesterkonzert. Deutsches Sinfonieorchester. Dirig.: L. Preis. * 18.00: Landgerichtsrat i. R. P. Gäbler und Amtsgerichtsrat Dr. P. Mayer: Der Prozeß ist verloren. * 18.30: Dr. M. Kunath: Deutsch. Was ist eigentlich falsch daran? (Mit Schallplattenbeispielen.) * 18.50: Gegenwartslexikon. * 19.00: M. Wenzel liest eigene Geschichten. * 19.30: Dr. E. Valentin: Dichtung und Oper * 20.00: Verdi-Puccini-Abend. Leipziger Sinfonieorchester Dirig.: Prof. Dr. L. Neubeck. Solisten: Lisel Sturmfels, V. Haller.

Bestellungen auf die Annaburger Zeitung werden jederzeit entgegengenommen.

Heimgefunden

Roman von M. Blank-Eismann.

7. Fortsetzung — Nachdruck verboten

„Herward!"

Da zuckten die Schultern des starken Mannes wie von verhaltenem Weinen und in qualvollem Stöhnen drängten sich die Worte über seine Lippen:

„Ich bin am Ruin, Rosi. Mein Unternehmen wird ein Opfer der wirtschaftlichen Notlage. Ich habe mich verzweifelt dagegen gewehrt, aber nun ich auch in Holland bei meinen Freunden keine Hilfe fand, sehe ich keinen Ausweg mehr."

Rosi saß wie gelähmt da. Sie preßte beide Hände auf das klopfende Herz. Ihr Gesicht war totenblaß und ihre zuckenden Lippen stammelten:

„Am Ruin? Und es gibt keinen Ausweg?"

Da umklammerte der große, stattliche Mann die schlanken Mädchenhände, als müßte er sich an ihnen festhalten, um nicht in dem Strudel unterzugehen, und verzweifelt schluchzte er:

„Eine Rettung gäbe es vielleicht noch — eine einzige — ich müßte meine Villa verkaufen — alle Brillanten, die Brigitta besitzt — mein Auto und das Landhaus in Zell am See — alles, alles müßte ich opfern, um die furchtbare Krise zu überstehen, die mit einem Male über meine Firma hereingebrochen ist."

„Warum willst du es nicht tun?"

Herward Malten preßte die Lippen zusammen und stöhnte:

„Brigitta wird nie einwilligen."

„Brigitta? Sie wird mit Freuden zu diesem Opfer bereit sein, Herward; sie wird dir in dieser Not beistehen wie jede andere Frau, die eine Kameradin ihres Mannes ist."

Doch Herward Malten schüttelte müde den Kopf.

„Sie glaubt nicht an den Ernst unserer Lage, Rosi. Ich habe sie schon so oft gebeten, nicht so verschwenderisch zu leben, aber sie will nichts davon hören. Sie will an allen Vergnügungen teilnehmen. Sie will stets die teuersten und kostbarsten Toiletten tragen, will immer die Schönste von allen sein, will das Haus stets voller Gäste sehen, und das alles verschlingt so viel Geld, daß der Etat für unseren Haushalt längst überschritten ist. Brigitta wird nie einwilligen, dieses Haus zu verlassen, wird sich nie mit einer Mietswohnung begnügen und sich nie darein fügen, daß ihr das Auto nicht zu jeder Stunde zur Verfügung steht."

Rosi schaute ihren Schwager ernst an.

„Sie wird sich dareinfügen lernen müssen, Herward, und da sie dich lieb hat, wird sie auch die Not und die Entbehrungen mit dir tragen, wie sie bis jetzt deinen Reichtum mit dir geteilt hat."

Herward Malten starrte vor sich hin. Es schien, als hätte er alles um sich her vergessen, als grübelte er über Rosis Worte nach.

Und wie ein Hauch kam es über seine Lippen:

„Wenn sie mich liebt —"

Doch als er mit einem Male den angsterfüllten und erschreckten Blick Rosis sah, da beugte er sich nahe zu ihr vief:

„Es ist eine Torheit von mir, dich mit meinen Sorgen zu quälen! Es wird sich und muß sich ein anderer Ausweg finden. Vergiß, was ich dir gesagt habe, kleine Rosi, und laß dir dadurch die Faschingslust nicht trüben. Wir wollen heute abend lachen und fröhlich sein — wollen tanzen und tollen, wie es alle anderen auch tun —"

Jäh sprang Rosi auf.

„Du willst — du könntest heute — heute zur Karnevalsfeier gehen?"

„Ja, Rosi, denn Brigitta würde schmollen und mir zürnen, wenn ich ihr diesen Wunsch nicht erfüllte. Laß uns den Fasching genießen. Heute ist heut' und kommt dann der Aschermittwoch, so wollen wir die Zähne zusammenbeißen und versuchen, dem Schicksal Trotz zu bieten.

Nur um eins bitte ich dich, Rosi, überrede deine Schwester, daß sie heute abend nicht mit vollen Händen verschwendet, in unserer Lage für alle Bekannte ein Gastmahl veranstaltet und den Sekt in Strömen fließen läßt. Ziehe sie in den Strudel des Faschingstreibens hinein. Lache und tolle mit ihr, aber verrate ihr nichts von meinen Sorgen — vielleicht kann ich sie noch bannen, ehe der Aschermittwoch kommt —"

Da wurde die Türe aufgerissen und Brigitte stürmte ins Zimmer.

Sie trug auf ihrem Arm eine Menge bunter seidener Kostüme, die sie auf einen Stuhl warf. Dabei rief sie:

„Du mußt uns helfen, Herward, für Rosi das schönste Kostüm aussuchen. Es muß etwas ganz Besonders sein, damit sie allen Männern den Kopf verdreht —"

Doch Rosi wandte sich jäh ab und trat ans Fenster.

Sie starrte auf das winterliche Bild hinaus und erklärte:

„Ich möchte lieber hinaus aus der Stadt, möchte irgendwohin wandern, wo uns die Frische des Winters umgibt, wo wir die Sonne sehen und uns an der herrlichen Natur erfreuen können. Ich liebe diesen Mummenschanz nicht, Brigitta —"

Jäh horchte die junge Frau auf. Ihre Augen funkelten und ihre Blicke flogen von Rosi zu Herward Malten.

„Habt Ihr in meiner Abwesenheit ein Komplott geschmiedet?"

„Brigitta!"

„Oh, du brauchst dich nicht zu verteidigen, Herward. Ich weiß, daß es auch dir lieber wäre, allem Karnevalstreiben fernzubleiben. Aber ich will nicht — hörst du? — ich will nicht! Ich bin jung! Ich will mein Leben genießen, will lachen, scherzen und tanzen, und wenn Rosi jetzt auf den törichten Einfall kommt, nicht zur Redoute gehen zu wollen, dann hast du es ihr nur eingeredet, denn sie ist in dem Alter, wo alle jungen Mädchen nur an Feste und Vergnügungen denken. Aber du sollst dich getäuscht haben, Herward. Ich nehme Rosi mit, und wäre es mit Gewalt. Ich will mir den Karneval durch deine Launen nicht verderben lassen, ich will noch nicht alt sein, weil du es bist."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719321117-10/fragment/page=0006

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 138. **Donnerstag, den 17. November 1932.** **35. Jahrg.**

Papen am Ende?

Die großen Parteien lehnen ihn ab — Absage der Reise nach Süddeutschland

Die Parteiführer bei Papen.

Reichskanzler von Papen ist am Dienstag wieder in Berlin eingetroffen, nachdem er auf der Rückreise von Dresden politische Freunde in der Nähe von Halle aufgesucht hat. Für den Mittwoch waren wieder verschiedene politische Empfänge vorgesehen, so die der Zentrumsvertreter Kaas und Joos, des Volksparteilers Dingeldey und des bayerischen Volksparteilers Schäffer. Am Donnerstag sollen dann die Vertreter der Sozialdemokratie und der Nationalsozialisten folgen.

In der Nationalsozialistischen Korrespondenz beschäftigt sich Gregor Strasser mit der politischen Lage. Er schreibt hierzu u. a.: „Das Gebot der Stunde sei, die nationalsozialistische Bewegung in den Staat einzubauen und ihr die Führung des Volkes zu übergeben, damit sie sich bewähre oder beim Versagen zugrunde gehe. Welch eine unerhörte Symbolik und Kraft läge darin, wenn der Reichspräsident die Brücke schlüge zum nationalsozialistischen Deutschland der Zukunft. Das Gebot der Stunde heiße: Mit außerordentlich starken aufbauwilligen Kräften des Nationalsozialismus in die Staatsführung einzugreifen."

In politischen Kreisen wird übrigens damit gerechnet, daß nach Beendigung der Besprechung mit dem Reichskanzler Reichspräsident von Hindenburg selbst in die Verhandlungen eingreifen werde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Reichspräsident selbst, nachdem ihm der Kanzler Vortrag über seine Besprechungen gehalten hat, auch seinerseits die Parteiführer empfangen wird.

Aus München kommt die Nachricht, daß dort die Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Vertretern der Bayerischen Volkspartei zur Bildung einer Regierungskoalition in Bayern weit fortgeschritten sein sollen. Es wird darauf hingewiesen, daß nach Bildung einer solchen Regierungskoalition beide Parteien im Bayerischen Landtag über eine Zweidrittelmehrheit verfügen. Auf diese Weise ließe sich auch der alte Wunsch der Bayerischen Volkspartei zur Schaffung eines bayerischen Staatspräsidenten auf ganz verfassungsmäßige Weise verwirklichen, falls die Nationalsozialisten hierbei mitmachen würden.

Der Standpunkt des Zentrums.

Die Besprechungen des Kanzlers mit Dr. Kaas und Joos.

Über den Parteiführerempfang beim Reichskanzler wird noch folgendes bekannt: Zuerst wurden als Führer des Zentrums die Abgeordneten Prälat Dr. Kaas und Joos vom Kanzler empfangen. Die Unterredung, die ungefähr 40 Minuten währte, fand in Gegenwart des Staatssekretärs Planck statt.

Die Besprechungen selbst waren vertraulicher Natur, doch geht man wohl in der Annahme nicht fehl, daß die beiden Zentrumsführer nochmals in aller Deutlichkeit und Schärfe zum Ausdruck gebracht haben, daß das Zentrum die Art der jetzigen Führung ablehnen müsse. Dagegen wurde von seiten des Zentrums nochmals der Gedanke der Not und Arbeitsgemeinschaft stark unterstrichen und ferner in den Vordergrund gestellt, daß das Zentrum an der Herstellung einer solchen Notgemeinschaft zur Zusammenfassung aller arbeitswilligen Kräfte positiv sich betätigt.

Nur auf diesem Wege hält man in führ[illegible] den Zentrumskreisen eine organische Weiterentwicklung unseres politischen Lebens für möglich und die für den Aufstieg der deutschen Wirtschaft notwendige innere Beruhigung für gegeben.

Der Kanzler fährt nicht nach Süddeutschland.

Das Ergebnis der Besprechungen mit den Parteiführern. — Absage des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei.

Amtlich wird mitgeteilt: „Der Reichskanzler hat sich veranlaßt gesehen, die von ihm geplanten Besuche in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt abzusagen, da er nach dem Ergebnis der Parteiführerbesprechungen am Mittwoch es für richtiger hält, eine Klärung der politischen Lage abzuwarten."

Zu dieser amtlichen Meldung verlautet von unterrichteter Seite weiter, daß die Besprechungen des Kanzlers mit den Parteiführern des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei ergeben haben, daß Zentrum und Bayerische Volkspartei unter den obwaltenden Umständen keine Möglichkeit für ihre Beteiligung an der Bildung einer nationalen Konzentration sehen, während der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, dem Reichskanzler seine Mitarbeit zugesagt hat. Bei den Besprechungen mit den Herren Kaas, Joos, Schäffer und Dingeldey hat der Reichskanzler im übrigen — erneut — betont, daß Personenfragen kein Hindernis bedeuten würden.

An die Nationalsozialisten ist bekanntlich seinerzeit ebenso wie an die anderen Parteien eine Einladung zu einer Besprechung mit dem Reichskanzler ergangen, doch liegt bisher noch keine Antwort vor.

Sitzung des Reichskabinetts.

Der Reichskanzler hat die Mitglieder des Reichskabinetts für Donnerstag vormittag zu einer Sitzung zusammenberufen, in der die nach den Besprechungen mit den Parteiführern entstandene Lage besprochen wird. Es ist anzunehmen, daß in dieser Sitzung Beschlüsse gefaßt werden, die für die weitere innenpolitische Entwicklung von Bedeutung sind. Ob der Reichskanzler bereits am Donnerstagnachmittag dem Reichspräsidenten über seine Verhandlungen mit den Parteiführern Bericht erstatten wird, steht noch nicht fest.

Die Haltung der NSDAP.

Der Reichspressechef der NSDAP., Dr. Otto Dietrich, veröffentlicht in der in München erscheinenden Nationalsozialistischen Korrespondenz einen Arti[illegible] der Überschrift: „Präsidialregierung und Verantw[illegible] keit". Darin heißt es nach einem Hinweis auf die [illegible] des Kanzlers u. a., wenn der Reichspräsident f[illegible] von dem verhängnisvollen Rezept Papens dist[illegible] dann werde ihn die Dynamik des Geschehens [illegible] historische Verantwortung hineinziehen, die jede[illegible] Deutsche dem Generalfeldmarschall ersparen möch[illegible] sei nicht Sache der Nationalsozialisten, einer solch[illegible] dauerlichen Entwicklung heute Einhalt zu tun. S[illegible] nächsten Tage würden die politische Kampfkra[illegible] nationalsozialistischen Bewegung erneut unter [illegible] stellen. Man werde sehen, was die anderen den n[illegible] sozialistischen Angriffen noch entgegenzusetzen [illegible] Vielleicht hätten sie inzwischen gelernt, daß zu [illegible] Kompromissen auf Kosten der Nationalsozialisten [illegible] noch weniger die Zeit sei als am 13. August. Das [illegible] Volk aber werde erkennen, daß ihm nicht das so[illegible] standene Idol einer Präsidialregierung helfen könn[illegible] dern daß allein die nationalsozialistische Bewegu[illegible] Schicksal Deutschlands in den Händen halte.

Die SPD. lehnt Verhandlun[illegible] mit Papen ab.

Neue schwere Ausfälle gegen d[illegible] Reichsregierung.

Der Vorstand der sozialdemokrat[illegible] Reichstagsfraktion hat einstimmig beschlossen, daß [illegible] geordneten Wels und Breitscheid der Einladun[illegible] Reichskanzlers von Papen zu einer politischen Aus[illegible] keine Folge leisten dürfen. In einer Entschlie[illegible] hat ferner der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der Reichsregierung schärfsten Kampf angesagt und Behauptungen aufgestellt, die von zuständiger Berliner Stelle bereits energisch zurückgewiesen wurden.

In der Entschließung wird u. a. gesagt: Der Reichskanzler, der eine vernichtende Absage bei den Wahlen erhalten habe, sei verfassungsgemäß nicht berechtigt, weiter Verhandlungen zu führen, sondern müsse zurücktreten. Weiter habe der Kanzler sich beim Vorgehen gegen Preußen sowohl über die Verfassung wie auch über den Spruch des Staatsgerichtshofes hinweggesetzt und in seinen Reden die seiner Politik feindlich gegenüberstehenden Parteien verunglimpft und „als Feinde des Volkes" bezeichnet. Die Sozialdemokratische Partei erblicke in dem Reichskanzler den „Sachwalter einer winzigen Mehrheit". Von der geplanten Parteiführerbesprechung könne man kein Ergebnis erwarten. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wende sich aufs schärfste gegen die „öffentlich erörterten verbrecherischen Pläne", die darauf abzielen, die durch Beschluß der Nationalversammlung rechtmäßig zustande gekommene Verfassung auf verfassungswidrigem Wege abzuändern.

*

Von seiten der Reichsregierung wird dazu betont, daß der Reichskanzler geradezu verpflichtet sei, die gegenwärtigen Verhandlungen mit den Parteiführern zu führen. Er könne erst dann zurücktreten, wenn er vom Reichstag ein Mißtrauensvotum erhalten habe. Im übrigen handele der Reichskanzler im Auftrage des Reichspräsidenten, so daß die Ablehnung von Verhandlungen durch die Sozialdemokratie auch Entscheidungen des Reichspräsidenten betreffe. Die von der SPD. aufgestellten Behauptungen über eine angebliche Erklärung des Reichskanzlers, in der er Parteien Feinde des Volkes genannt habe, sei schon mehrfach richtiggestellt. Die Behauptungen über angeblichen Verfassungsbruch seien mehrfach dementiert, insbesondere auch die Behauptung, daß die Regierung verfassungswidrige Pläne verfolge. Es sei bezeichnend, daß sich die sozialdemokratische Fraktion in ihrer Entschließung auf leere Gerüchte stütze.

Nationalsozialisten wieder im Bayerischen Landtag.

Konflikt mit dem Landtagspräsidenten beigelegt.

In Bayern werden jetzt die Nationalsozialisten zu den Landtagssitzungen wieder zugelassen, nachdem am 17. Juni ihr Ausschluß für zwanzig Vollsitzungen ausgesprochen worden war. In einer Ältestenratssitzung des Bayerischen Landtages betonte Präsident Dr. Stang, daß die politische und wirtschaftliche Lage dringend eine Zusammenfassung aller Kräfte zu fruchtbringender [illegible]

[illegible]ni sei korrekt und durch die [illegible]ig bestimmt gewesen, es sei [illegible]rich unter die Sache [illegible]lsozialisten die noch schwe[illegible] [illegible]ichtshof zurückziehen. Der [illegible]lle die Frage des Uniform[illegible]undsätzlich klären. In der [illegible]Nationalsozialisten bereit, [illegible]tshof zurückzuziehen, wenn [illegible]en könnten. Sie verlangten [illegible]r Frage, ob künftig Partei[illegible]zugelassen seien.

[illegible]nd Versailles.

[illegible]erwartet hat die Fertig[illegible] constructif", also des Ab[illegible]ts planes, gedauert; in[illegible] Andeutungen über seinen [illegible] kaum eine Änderung ein[illegible]ftlichen", besser gesagt, die [illegible]den; auf der einen Seite [illegible]ich weitgehende Vorschläge [illegible] mit dem Kriegsschulden[illegible]deren Seite die recht be[illegible]ngland mit einem eigenen [illegible]ertig geworden ist und der [illegible] Reden hält. Anders ge[illegible]t Deutschlands Haltung in [illegible] Gleichberechtigungsfrage, [illegible]se Widerspruch der anderen gegen die Schaffung einer größeren militärischen Sicherheit für Deutschland. Nach wie vor liegt also in Herriots überbetriebsamen Händen die ganze Initiative in der Abrüstungsfrage, wobei leider noch hinzuzufügen ist, daß die anderen über die bestenfalls theoretische Anerkennung unserer Gleichberechtigung praktisch nicht hinausgekommen sind; von der „Viermächtekonferenz" redet heute kein Mensch mehr, und der amerikanische Sondergesandte Norman Davis ist zwar in London und Paris zu langen Verhandlungen gewesen, hat aber den Weg nach Berlin nicht gefunden.

Daher ist Herriots neuer Plan vom deutschen Standpunkt aus vorerst zu prüfen, ob er theoretisch, zum mindesten willensgemäß die Gleichberechtigung für Deutschland

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719321117-10/fragment/page=0007